

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pf.

Erklingt täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.

Sonnabend, den 10. Juni 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.

Die Interflons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Erklärung.

Im Plöhensee-Prozess wurde am Freitag durch den Rechtsanwalt Dr. Löwenstein im Namen aller Angeklagten folgende Erklärung abgegeben:

Wir, die vier Angeklagten, haben durch die den Gegenstand der Anklage bildenden Zeitungsaufsätze lediglich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Reformbedürftigkeit des Strafvollzuges richten wollen...

Die angeklagten Redakteure Kallisch, Wättnier und Schneidt verpflichten sich, nachdem auf Grund vorstehender Erklärung der gegen sie gestellte Strafantrag rechtswirksam zurückgenommen ist...

Das Ende des Plöhensee-Prozesses!

Der an Ueberraschungen und Seltsamkeiten überreiche Plöhensee-Prozess hat ein höchst überraschendes und seltsames Ende genommen.

Wir können unsere Befriedigung darüber aussprechen, daß die Justizbehörde den Entschluß der Zurücknahme des Strafantrages gefaßt hat.

Jene Veröffentlichungen des „Vorwärts“ und der „Zeit am Montag“ hätten dem Parlament Veranlassung geben sollen, eine Untersuchungskommission einzusetzen und der Regierung, sofern diese nicht selbst vorgeht, Vor schläge zu Reformen zu unterbreiten.

Der Prozess hat sich selbst ad absurdum geführt. Eine seiner wichtigsten Lehren muß die sein, daß die Regierung und die Behörden künftig sich gründlich bedenken, ob es ihrer Würde entspricht, Verleumdungsprozesse zu inszenieren...

Das Ende dieses Prozesses erregt um so größeres Aufsehen in der Öffentlichkeit nach den zahlreichen Außergewöhnlichkeiten, welche die Einleitung und den Verlauf des Prozesses kennzeichneten.

langte, die den Auf besonderer Härte in politischen Prozessen hat. Da ereigneten sich die mannigfaltigen bis zum Tumult sich steigenden Szenen vor der Strafkammer, die erregtesten Zusammenstöße zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern.

Unter den Gründen, welche die Reizung, den Prozess zu beenden, bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Angeklagten steigerte, ist die Rücksichtnahme auf den Geh. Medizinalrat Dr. Vaer besonders zu betonen.

Von den Eindrücken der plötzlichen Beendigung des Prozesses ist es vor allem nötig, sich seinem sachlichen Ertrag zuzuwenden.

Ausgemerzt ist die verhältnismäßig gleichgültige Frage nach Geschwirdigkeiten und Verstoßen gegen Vorschriften. Auf die Tagesordnung gestellt sind durch den Prozess in aller Schärfe und Eindringlichkeit die Gesetze und die Vorschriften selbst.

Von Gesetz und Geschwirdigkeit sollte allerdings überhaupt nicht gesprochen werden. Ist es doch des Lebens Uebergrund, daß ein Strafvollzugsgesetz überhaupt nicht existiert, obgleich die Wissenschaft sowie das Reichsparlament es seit Jahrzehnten fordern.

Ueber diese wichtige Einzelfrage hinaus stellt der Prozess das gesamte heutige Strafrecht in Frage. Er mahnt eindringlich auf die totale Wirkungslosigkeit der gegenwärtigen Strafmethode.

Der Kampf für die Humanisierung des Strafvollzuges hat das tiefwurzelnbe Vorurteil der Bahlofen zu überwinden, die da sagen: Was sorgt Ihr Euch um die Auswürflinge der Gesellschaft, um Bösewichte und Unholde?

Die Berliner Volks-Zeitung schreibt: Das Ende des Plöhensee-Prozesses ist heute unerwartet und plötzlich eingetreten. Der Strafantrag ist zurückgezogen worden.

Meinungen der Presse.

Die Berliner Volks-Zeitung schreibt: Das Ende des Plöhensee-Prozesses ist heute unerwartet und plötzlich eingetreten. Der Strafantrag ist zurückgezogen worden.

formale Revisionsgründe in die Hände gespielt worden waren, daß das Reichsgericht sicherlich die Sache an eine andere Kammer zur abermaligen Verhandlung verwiesen hätte.

Das „Berliner Tageblatt“ führt aus: Die Verteidigung wollte den Strafvollzug in Plöhensee als reformbedürftig erweisen, während der Vorsitzende des Gerichtshofes immer wieder bemüht war, die Verhandlung auf die Verleumdungen zu beschränken.

Ueber die Einzelheiten der Prozessführung und besonders über die eigenartige Behandlung der einzelnen Zeugen und Sachverständigen wird sich vielleicht später noch etwas Näheres sagen lassen.

Der Widerstand Schwedens gegen die Selbständigkeits-Erklärung Norwegens erschöpft sich in papierernen Protesten und in schwülstigen Ovationen für den gekrönten König.

Das unabhängige Norwegen.

Der Widerstand Schwedens gegen die Selbständigkeits-Erklärung Norwegens erschöpft sich in papierernen Protesten und in schwülstigen Ovationen für den gekrönten König.

Norwegen selbst geht energisch daran, alle Konsequenzen zu ziehen; es trennt gewissermaßen alle monarchischen Wäsezeichen aus.

Die neue Flagge.

Kristiania, 9. Juni. Die Unionsflagge wurde heute auf der Festung Akershus unter großen Feierlichkeiten gegen die dreifarbige norwegische Flagge ausgetauscht.

Die Stimmung in Norwegen.

Kristiania, 9. Juni. Aus allem Gebirgen des Landes gehen Dank- und Zustimmungstelegramme bei der Regierung und dem Storting ein.

Das akademische Kollegium stellte der Regierung ein Schreiben zu, worin ihr Dank dafür ausgesprochen ist, daß sie die Ehre des Landes gerettet habe.

Die Einberufung des schwedischen Reichstags.

Stockholm, 9. Juli. Die Einberufung des Reichstags auf den 20. d. M. wurde heute in einer Sitzung des Staatsrats beschlossen.

Die unter dem Vorhabe des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen abgehalten wurde. Der Präsident des Ministerrats machte Mitteilung von dem Beschlusse des norwegischen Storting vom 7. d. M. und erklärte dann folgendes: Durch dieses revolutionäre Vorgehen hat das Storting nicht nur ohne Mitwirkung des Königs, sondern auch ohne jede Rücksichtnahme auf Schweden aus eigener Machtvollkommenheit über das Aufheben einer Union Beschlüsse gefaßt, die auf Grund gegenseitigen, durch Gesetz festgelegten Abkommens besteht und die ohne Zustimmung beider Länder nicht aufgehoben werden kann. Dieser Beschlusse des Storting ist eine schwere Verletzung der Rechte Schwedens und es ist unbedingt nötig, daß der Reichstag unverzüglich zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werde, um über die Schritte zu beraten, die von Seiten Schwedens in betreff dessen, was sich ereignet hat, zu ergreifen sind. Einzelne Blätter sind auf den komischen Gedanken verfallen, nach dieser endgültigen Vereinbarung der Unionstreitigkeit sie zur Schlichtung der — Sanner Friedenskonferenz zu überweisen. Im übrigen berichten selbst offizielle Telegramme aus Stockholm: Die politische Krise hat in keiner Hinsicht das Aussehen Stockholms geändert. Alles geht seinen gewöhnlichen, ruhigen Gang. Die große Masse ist ziemlich gleichgültig gegenüber der Auflösung der Union, da die Länge des Friedens bewirkt, daß man nur verhältnismäßig wenig den Wert der Vereinigung schätzt, da diese viele Unannehmlichkeiten mit sich führte. Dies bewirkt bei der Mehrzahl der Schweden, daß sie der Union wirklich müde wurden.

Die norwegische Sozialdemokratie.

Daß unsere norwegischen Parteigenossen nicht mit dem Plan einverstanden sind, nach Absetzung Oskars II. einen anderen König, sei es ein Nachkomme des französischen Marschalls Bernadotte oder einer aus einem anderen adreineren Hause, anzusetzen, ist selbstverständlich und ihre Vertreter im Storting haben ja auch bei der Abstimmung über die Adresse an den König, A. D. bewiesen, daß sie nicht damit einverstanden sind. Was alle die übrigen Abgeordneten veranlaßt hat, die erledigte Stelle irgend einem Bernadotteprinzen anzubieten, ist nicht ohne weiteres klar. Hagt man auch den König nicht persönlich, so ist doch auch keineswegs die Liebe so groß, daß man eine unüberwindliche Sehnsucht nach einem neuen König aus seinem Geschlechte empfinden sollte. Wahrscheinlich glaubte die Mehrheit, daß jenes Angebot zur Sicherung der friedlichen Entwicklung der Verhältnisse notwendig sei. Das norwegische Volk ist aufzuklärt genug, um zu wissen, daß eine demokratische Regierung ganz gut und sogar besser ohne als mit einem König auskommen kann. „Social-Demokraten“ nennt dieses Ausbieten der Königsstelle „einen Schritt, den die Geschichte verurteilen wird und von dem die wahre Gegenwart bestimmt Abstand nehmen wird.“ — „Wir sind überzeugt“, schreibt unser Bruderorgan weiter, „daß hier gegen das norwegische Volk's Willen gehandelt worden ist. Die Republik als Ergebnis dieses Konflikts war des norwegischen Volk's Wunsch. Daß nun dieser Wunsch zurückgedrängt wird, das wird sich in einem langen Kampf rächen, der sonst nicht nötig sein würde. Ein norwegisches Königshaus wird natürlich nur eine kleine Dekoration auf dem Gipfel unserer Gesellschaft sein. Es wird keine praktische Bedeutung erhalten; es wird verhältnismäßig unbemerkt vegetieren; aber daß man nur in einem Lande wie unserem sich herbeiläßt und einer modernen und verfallenden Institution, wie es das Königshaus ist, neues Leben einflößen will — das wird den Fortschritt stark beeinträchtigen, der eine Folge des im übrigen männlichen Beschlusses des Storting's sein wird.“ — So gewiß es ist, daß die Demokratie eines Tages ihre Kräfte über die Königsburgen gehen lassen wird, so sicher ist es auch, daß das Storting mit seiner Adresse an den König dem Fortschritt einen Stein in den Weg gelegt hat.

Die Sozialdemokratie Schwedens.

Es ist leicht verständlich, daß es in Schweden Leute gibt, die sich aufregen und entrüsten über die Vorgänge in Norwegen. Aber die große Masse des schwedischen Volkes teilt diese Gefühle nicht, und soweit ein tieferes Verständnis für die Ereignisse vorhanden ist, wird man vielmehr dem norwegischen Volk Glück wünschen zu dem Fortschritt auf dem Wege zur Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes. — „Was uns anbetrifft“, schreibt Franting in Stockholm „Social-Demokraten“, „so heißen wir, getreu unserem Programm und dem Grundfah, das freie Selbstbestimmungsrecht aller Völker anzuerkennen, die von den Vätern der Vereinigung befreite Brudernation willkommen zu guter gemeinsamer Arbeit für die fortwährende Entwicklung des ganzen Nordens zu Freiheit und Glück der Völker. Und wenn dieser unser ohne alle Ueberhebung ausgeprochene Glückwunsch vielleicht der einzige sein sollte, der heute dem norwegischen Volke aus Schweden mit Herzlichkeit, Verständnis und Sympathie entgegengebracht wird, so wollen wir es uns umso mehr angelegen sein lassen, ihn auszusprechen. Denn wir wissen, daß in dieser Sache hinter uns große Massen des schwedischen Volkes stehen, dessen alte Unionsliebe niemals mit Oberhoheitsgedanken vermischt war, und das niemals irgendwelchen Anteil an der systematischen Inverstandspolitk seiner Herrschenden gegen Norwegen genommen hat.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juni.

Die Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

An diesem Sonnabend tritt in dem Gewerkschaftshause zu Berlin der Verband deutscher Bergarbeiter zu seiner 16. Generalversammlung zusammen. Die Verhandlungen werden über die Pfingstfeiertage, voraussichtlich bis zum 14. Juni, dauern.

Vor wenigen Wochen, vom 28. bis zum 30. März, tagte in demselben Saale jene denkwürdige Konferenz der Bergarbeiterdelegierten aller Richtungen und aller Organisationen, die sich unter den aufklärenden Lehren des großen Ruhrstreiks einmütig zusammengesunden hatten, um ihre Forderungen an die Gesetzgebung zu richten. Diese Forderungen wurden ohne Unterschied der besonderen Organisationen in voller Uebereinstimmung gefaßt.

Die Ansprüche, die jene Konferenz an den Bergarbeiter-schutz stellte, gingen weit hinaus über das Maß, mit dem die Regierungsvorlage des Berggesetzes das Versprechen der Regierung einlösen zu können geglaubt hat.

Und es waren die christlichen Arbeiter nicht weniger als die den freien Gewerkschaften anhängenden, die das, was sie beschlossen haben, als das Mindeste aber auch als das Erreichbare ansahen.

Inzwischen ist aus der Regierungsvorlage, welche die Bergarbeiter übereinstimmend für durchaus ungenügend erklärten, nichts übrig geblieben. Unter Führung des Zentrums, das vorgibt, die christliche Arbeiterbewegung zu fördern, im Verein mit den nationalliberalen und freikonservativen Vertretern des rückständigsten und rückwärtslosten Grubenkapitals, hat das preussische Abgeordnetenhaus ein Gesetz zustande gebracht, das nicht nur keinerlei Schutz den Arbeitern gewährt, sondern das auch selbst den bestehenden Zustand insofern verschlechtert, als es das heute noch mögliche Wohlwollen der staatlichen Bureaucratie durch Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens wieder unter die Oberherrschaft des Unternehmertums ducht. Endlich hat auch das Herrenhaus seine Finger nach dem Entwurf des Abgeordnetenhauses ausgestreckt und wenn es dem Fürsten Bülow nicht noch gelingt, die anderen feilschenden Hände sanft zu beschwichtigen, so werden diese dafür sorgen, aus dem Entwurf des Abgeordnetenhauses eine Judsthausvorlage gegen die Arbeiter und ein Gesetz zur Beschränkung der Freizügigkeit zu gestalten.

Heute tritt nun allein der Verband der deutschen Bergarbeiter in die Beratung der gegenwärtigen Situation des Bergarbeiterstandes. Aber er kann kaum andere Beschlüsse fassen und kann kaum die Situation anders kennzeichnen, als es eine neue Konferenz aller Bergarbeiter tun würde. Die freien Gewerkschaftler sind mit den christlichen Arbeitern auch jetzt noch einer Meinung über das verräterische Spiel, das Regierung und Zentrum mit den Bergarbeitern getrieben hat, und ein Unterschied würde nur insofern denkbar sein, als die christlichen Bergarbeiter vielleicht größere Hoffnungen hegt und deswegen härtere Enttäuschungen erlitten haben, als die Verbändler, die politisch aufgeklärt genug sind, um im Voraus zu wissen, was man von dem Staat des Dreiklassenwahlsystems zu erwarten hat.

Der Verbandstag hat eine große Reihe von Fragen zu erledigen. Zunächst sind die inneren gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu erörtern, u. a. wird eine Abänderung des Statuts beantragt, die eine Erhöhung der Beiträge vorseht. Den Hauptgegenstand aber wird die Kritik der Berggesetzgebung bilden, über die Sachse referieren wird, und in gewissem Sinne wird in der Erörterung der gegenwärtigen Situation auch schon eine Entscheidung über jene Grenzfragen zwischen Partei und Gewerkschaft enthalten sein, über die der Verbandstag auch diskutieren wird. Leimpeters wird über den deutschen Gewerkschaftskongreß in Köln referieren und damit auch die besondere Auffassung der Bergarbeiterorganisation über den Generalstreik und die Waisfeier zum Ausdruck bringen.

Gerade die Vorgänge, welche die Berggesetzgebung zeitigt hat, beweisen aber auch dem Befangenen, wie selbstverständlich für die Arbeiterbewegung die Verbindung von gewerkschaftlicher Tätigkeit und politischer Aktion ist. Der Streik selbst, die gewerkschaftliche Aktion, mußte abgebrochen werden. Das Parlament nahm die Forderungen auf, und das Ergebnis war die völlige Preisgabe des Bergarbeiterstandes. Der ganze Zusammenhang, das innerste Wesen der preussisch-deutschen Politik, entblößt sich in diesem Stadium des verheerenden Bergarbeiterkrieges. Weil es dem in der Sozialdemokratie organisierten Proletariat noch nicht gelungen ist, das preussische Dreiklassenwahlsystem zu stürzen, darum war es möglich, daß die ganze parlamentarische Aktion des Landtages zu einer freien Verhöhnung der Bergproletarier ausartete.

Und noch ein zweites zeigen diese Vorgänge, daß nur die Sozialdemokratie gewillt ist, auch die gewerkschaftlichen Ansprüche der Arbeiter politisch durchzusetzen. Noch niemals hat sich so kräftig gezeigt, daß selbst gegenüber einer maßvollen Sozialpolitik alle Parteien versagen, mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Das ist die Erkenntnis, zu der auch selbst die christlichen Arbeiter erwachen dürften.

Der Gewerkschaftler soll als Gewerkschaftler keine Politik treiben; aber sein Interesse darf sich nicht in den Gewerkschaftskämpfen erschöpfen, er muß auch Politiker sein. Er muß den Kampf um die politische Macht aufnehmen, die allein ihm ermöglicht, auch seine rein wirtschaftlichen Forderungen an den Gegenwartsstaat durchzusetzen.

Diese Generalversammlung tritt gerade in einem Augenblick zusammen, da die Erkenntnis von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen und des politischen Kampfes nicht als bloße theoretische Forderung, sondern als unmittelbar eindringende Lebensnot erscheint.

Der Vorstandsbericht liegt in einem Bündchen von 95 Seiten gedruckt vor. Er weist für das Jahr 1904 einen Mitgliederzuwachs von 11654 auf, so daß die Mitgliederzahl des Verbandes am Jahresende 80682 betrug. Das Verbandsvermögen ist in diesem Jahre von 438052 auf 734901 M. gestiegen. Der Generalstreik im Ruhrrevier, der bekanntlich in den Januar und Februar dieses Jahres fiel, hat in diesen Zahlen seine Wirkung noch nicht ausgedrückt. Nur in großen Umfassen ist sein Verlauf noch in dem Jahresbericht dargestellt und hinzugefügt, daß seitdem die Mitgliederzahl um 64000 gewachsen ist.

Der Kampf um die Wahlreform in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Bei der Verhandlung der Wahlrechtsreform durch die Liberalen und Bauernbündler hat die bayerische Regierung den anderen Parteien versprochen, daß bei den bevorstehenden Neuwahlen eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen werden solle. Die Regierung hat ihr Wort gehalten. Nach langem Zögern ist nun endlich, nur 4 1/2 Wochen vor der Wahl, die neue Wahlkreiseinteilung veröffentlicht worden. Wenn man das Altenstad näher ansieht, dann begreift man freilich, weshalb das Ministerium Podewils die Befehlsgabe so lange als nur irgend möglich hinausgeschoben hat. Denn wenn schon die bisherige Wahlkreiseinteilung mit dem äußersten Raffinement für den Liberalismus zurechtgemacht war, so bedeutet die Neueinteilung die Kröpfung dieser tendenziösen Wahl-mache. Ganz offensichtlich haben sich die L. B. Wahlkreiseinteilung nur von dem Bestreben leiten lassen, den abgehaunten Liberalismus für etwaige Mandatsverluste in einzelnen Landesteilen in anderen Kreisen wieder schadlos zu halten.

Durch den Regierungserlaß sind insgesamt 14 Wahlkreise, darunter 8 bisher viermännige, aufgeteilt worden, und nach der Zahl der zu wählenden Abgeordneten gruppieren sich die Wahlkreise wie folgt:

einemännige Kreise:	bisher 8	jetzt 10
zweimännige	25	43
dreimännige	20	16
viereimännige	9	1 (Nürnberg)
fünfmännige	1	1 (München I)

Die Art, wie man die viermännigen Kreise aufgeteilt hat, kennzeichnet deutlich das Vorgehen der Regierung. Einige dieser Kreise sind nämlich gleichmäßig in zweimännige zerlegt worden, andere dagegen in drei- und einmännige, wo das nämlich für die Liberalen von Vorteil ist. Nach der Kalkulation der Regierung, die sich dabei auf die Ergebnisse der letzten Wahl stützt, würde der Liberalismus vielleicht gar noch einen Sitz gewinnen und unsere Partei zwei verlieren. In der Pfalz sind nämlich die bisherigen Wahlkreise Ludwigshafen und Pirmasens so geteilt, daß und dort je ein Sitz verloren geht.

Alle diese Berechnungen stützen sich natürlich nur auf den Ausfall der letzten Wahlen, und schon durch den Umstand, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen unsere Partei zum ersten Male in die Wahl eintritt, wird sich die Konstellation erheblich ändern. Außerdem wird auch die gemeinschaftliche Petition der Sozialdemokraten und des Zentrums: Gegen die Wahlrechtsbeile ihre Wirkung nicht verfehlen. Aber bei Verteilung der Sitze muß zunächst berücksichtigt werden, daß sich die Regierung in tendenziöser Weise auf die Seite des elenden Personalienliberalismus gestellt hat, daß sie sich bemüht, den Ausdruck der Volkmeinung zu fälschen und zu beeinflussen.

Man darf hoffen, daß es trotz aller dieser Bemühungen doch noch gelingt, eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Wahlrechts-

reform zustande zu bringen. Aber das ziemlich eindeutige Verhalten des Kabinetts Podewils-Zeillig ist deshalb bemerkenswert, weil es das Gegenbild bildet zu einer etwas unvorsichtigen liberalen Freihänderung. Kürzlich schrieb nämlich die dem Grafen Feilich nahestehende „Kugsburger Abendzeitung“ in einer Polemik gegen die Zentrumspreffe:

„Und die Zweidrittelmehrheit! Das ist die große Sehnsucht. Aber selbst wenn es der schwarz-roten Allianz gelänge, diesem Heißen ihren Wünsche Erfüllung zu verschaffen, so ist es doch noch sehr fraglich, ob sie damit dem angestrebten Ziele näher käme. Denn ob Reichsratskammer und Krone heute noch ein vom Zentrum und Sozialdemokratie präsentiertes Wahlgesetz akzeptieren würden, scheint uns durchaus nicht außer jedem Zweifel zu stehen.“

Das ist doch einmal hübsch deutlich gesagt, was man hinter den Kulissen plant und deshalb lautet die Wahlparole nicht mehr allein: Für das Wahlrecht, sondern auch: Gegen das Ministerium Podewils-Zeillig, das die Geschäfte der Wahlrechtsdrüber besorgt.

Welch unhaltbare Zustände das jetzige Wahlgesetz zeitigt, zeigt die Tatsache, daß trotz der Befehlsgabe der Wahlkreiseinteilung mit der eigentlichen Wahlarbeit noch immer nicht begonnen werden kann, weil man erst noch die Einteilung der Urwahlkreise abwarten muß. Auch in dieser Beziehung haben bisher schreiende Ungerechtigkeiten bestanden; werden hier, wie es die Regierung versprochen hat, Änderungen vorgenommen, so wird das ebenfalls nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis sein.

Was die Wahlausichten speziell in Südbayern betrifft, so wird sich in Oberbayern voraussichtlich nichts ändern. Lediglich in München ist es nicht ausgeschlossen, daß unsere Partei diesmal auch den ersten Kreis mit fünf Abgeordneten ganz aus eigener Kraft holt. In Niederbayern wird der Streit hauptsächlich um Straubing entbrennen. In diesem dreimännigen Wahlkreise haben im Jahre 1899 die Liberalen und die Bündler gemeinsam mit knapper Mehrheit das Zentrum geschlagen. Es ist ziemlich sicher, daß ihnen der Kreis wieder abgenommen wird. In Schwaben ist das Allgäu, das bisher einen Wahlkreis bildete, in zwei zweimännige Kreise zerlegt worden, nämlich in einen Kreis Kempten-Neumünster und in einen Kreis Immenstadt-Sonthofen-Weller-Lindau. Das Allgäu galt bisher als liberale Hochburg, hier ist bisher auch der liberale Fraktionschef Abg. Wagner gewählt worden. Die Liberalen rechnen bereits damit, daß sie den Kreis Immenstadt-Lindau verlieren. Aber auch Kempten-Neumünster ist für sie gefährdet. Sie hatten hier 1899 zwar 77 und das Zentrum nur 50 Wahlmänner; aber die liberalen Majoritäten in einzelnen Urwahlbezirken waren sehr knapp, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man ihnen die zur Majorität nötigen 14 Wahlmänner diesmal abnimmt. Ebenso ist der zweimännige Wahlkreis Neu-Ulm-Günzburg stark gefährdet, in den sich bisher Liberale und Bauernbündler auf Grund einer gemeinsamen Majorität von sieben Wahlmännern geteilt haben. — In Nordbayern wie in der Pfalz hat man sich bemüht, die Sozialdemokratie wieder totzutreten.

Bemerkenswert sind die Äußerungen der liberalen Presse über die Neueinteilung. Als vor einigen Tagen einige Nachrichten über die neue Wahlkreiseinteilung durchgedrungen waren — Nachrichten übrigens, die der Wahrheit ziemlich nahe kamen —, da fingen die liberalen Gazetten schon an zu jubeln, daß die Räume der „ultramontan-sozialistischen Koalition“ doch nicht in den Himmel wachsen würden und dergleichen mehr. Inzwischen hat man es aber für gut und nützlich befunden, die Taktik zu ändern. Und nun stellt man sich plötzlich, als bedeute die Neueinteilung ein Entgegenkommen gegen das Zentrum und eine Schädigung der Liberalen. Das ist aber nichts, als eine gewöhnliche Fäulerei. Die Regierung hat für den Liberalismus getan, was ihr nur irgend möglich war. Wenn er — was wir ja bestimmt hoffen — bei den Wahlen trotzdem schlecht abschneidet, so möge er dies sich selbst, seinem ergeaktionären und vorkrämerischen Treiben zuschreiben.

Die Reichstags-Ergebnisse in Hameln-Springe

hat, wie schon telegraphisch berichtet, das Ergebnis gehabt, daß der nationalliberale Kandidat Hausmann mit 14301 Stimmen über den Sozialdemokraten Wey siegte, der 10167 Stimmen erhielt. Die Welsen haben trotz der gegenteiligen Wahlparole überwiegend für den nationalliberalen „Revolutionär“ gestimmt.

Bei der Hauptwahl am 30. Mai hatte Hausmann 8166, Wey 8002, der Weise v. Lentze 4032 und der Kandidat des Bundes der Landwirte Redten 3697 Stimmen erhalten. Gegen 1903 hat die Sozialdemokratie bei der Stichwahl 1100, der Nationalliberale 600 Stimmen verloren. Noch unangünstiger ist der Vergleich der Ziffern der Hauptwahlen, wo wir gegen 1903 1500 Stimmen verloren, während die Gegner fast 600 Stimmen gewannen.

Ueber die Gründe dieses Mißerfolges hat uns ein in der dortigen Wahlbewegung hervorragend tätiger Parteigenosse nach der Hauptwahl Betrachtungen gesandt, deren Veröffentlichung wir zurückgestellt haben, bis die Stichwahl vorüber, die wie aber nunmehr uns für verpflichtet halten, bekannt zu geben. Der Parteigenosse schrieb uns:

Die Reichstags-Ergebnisse in Hameln-Springe hat unserer Partei einen Stimmenrückgang von 1498 Stimmen gebracht. Wir erhielten 5712 Stimmen gegen 10198 im Jahre 1903; ein Resultat, das gegen 1908 nur eine Zunahme von rund 800 Stimmen bedeutet. Bei dieser Nachwahl hat sich wie bei fast allen Nachwahlen seit dem Dreimillionensieg die allgemeine Erscheinung, daß unsere Partei schlechter abschneidet, wieder bestätigt. Dieses Wahlergebnis bedeutet besonders für die hannoverschen Genossen eine Enttäuschung, da der Wahlkreis Hameln-Springe bei den allgemeinen Wahlen als derjenige betrachtet ist, der uns auf jeden Fall gehören sollte, besonders, da uns 1898 bei der Stichwahl nur 829 Stimmen fehlten. Das Stichwahlergebnis von 1903, das den Sieg des Nationalliberalen mit 14889 gegen 11257 sozialdemokratische Stimmen brachte, zeigte nun, daß die Welsen samt und sonders für den Nationalliberalen stimmten. Wir nahmen deshalb nur um 900 Stimmen zu, während uns die 1898er Stichwahl 2400 Stimmen Zuwachs brachte, worunter im Gegensatz zu 1903 ein erheblicher Teil welsche Stimmen sich befanden.

Bei dieser Nachwahl hat es nun gar keinen Sinn, den Stimmenrückgang mit den anderwärts vielleicht zu treffenden Argumenten zu erklären, wie Abzug der Wähler und dergleichen. Dagegen spricht das ganze Wahlergebnis. Zunächst ist nahezu um dieselbe Jahreszeit gewählt worden wie 1903; der Mangel an Lokalen war 1903 auch vorhanden, viel schlechter war es diesmal auch nicht. Unter diesen gleichbleibenden Verhältnissen sind im ganzen 933 Stimmen weniger abgegeben, nämlich 25604 gegen 26537 und trotzdem haben die Gegner zusammen 550 Stimmen gewonnen; wir tragen den Verlust dieser Stimmen nicht nur, sondern auch die weniger abgegebenen Stimmen in vollem Umfange. Man kann also auch nicht einmal sagen, daß die Stimmen allgemein zurückgegangen sind, denn die Gegner haben ja die Stimmen gewonnen! Und das Ziel aller Gegner war 1903 auch, uns auf alle Fälle niederzustimmen.

Nun wird man vielleicht einwenden: Ja, wir hatten diesmal keine rechte Wahlparole! Auch dieses ist grundfalsch. Eine bessere Wahlparole zur Klärung der Massen, zur Anspornung der Wähler und zur Vernichtung unserer Gegner haben wir noch nie gehabt, nämlich die Berggesetznovelle und der Silber-

Prozess in Trier! Gerade die königlichen Vergleute am Deister und die Vergleute der berühmten Firma Siemens in Dresden mußten, wenn überhaupt, doch sicher angesichts dieser ungeheuerlichen Verhöhnung der Arbeiter zur Vernunft kommen und bekennen wir es ruhig, wir setzten darauf große Hoffnungen. Die Vergleute waren bisher die rüchlichstesten Wähler und sie sind es leider geblieben trotz der glänzendsten Wahlparole! Wir wollen an einigen Orten zeigen wie die Vergleute gewählt haben:

	Stimmen	Gegner
Warklinghausen	323	617
Egestorf	192	192
Hohenbostel	48	195
Kirchdorf	82	91
Wentigsen	178	198
Diterwald	78	140

In diesen Hauptorten, wo uns $\frac{1}{10}$ der Stimmen zufallen mußten, haben wir von den 2334 Stimmen statt mehr als 2000 nur 900 bekommen. Auch andere Orte mit Fabriksbevölkerung haben enttäuscht — in der Stadt Hameln bühten wir 300 Stimmen ein.

Gehen wir nun den Ursachen unserer Niederlage etwas nach, so ist zu konstatieren, daß der Kampf der Gegner gegen uns ungleich heftiger geworden ist durch das Eingreifen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das heißt nicht heftiger in sachlicher Beziehung, da schneiden die gewerksmäßigen Verdächtigen der Sozialdemokratie regelmäßig schlecht ab. Man hat nur halbwegs der deutschen Sprache mächtige sog. „Arbeitersekretäre“ wochenlang im Kreise herumgeschickt, die in Berlin gegen die Sozialdemokratie abgerichtet worden sind und außer ihrem Memorienstoff von den politischen Verhältnissen keine blasse Ahnung hatten. Traten ihnen geschulte Redner unserer Partei entgegen, dann kamen sie mit sorgsam zusammengetragenen Zitaten aus allen möglichen und unmöglichen Medien und Büchern und brühten sich obendrein mit großer Literaturkenntnis innerhalb der Sozialdemokratie, die ihnen völlig mangelte. Unaufhaltsam schöpften diese Gegner mit unreinen Gefühlen aus den Dresdener Wässern, verätselten dann mit Lüge, Verleumdung, Verdrehung und allem anderen diesen Trank und gossen den so gemischten Unrat gleich Mißbeilage auf die Arbeiterbevölkerung mit der Erklärung, das sei das kristallene Wasser des Jungbrunnens! 18 verschiedene Sorten Flugblätter, lediglich gegen die Sozialdemokratie gerichtet, hat man verteilt, und mangels von Lokalen war es nicht möglich, alles zu widerlegen.

Unter solchen Umständen ist uns die Agitation ganz bedeutend erschwert, denn — wir wollen einen Ausdruck der hannoverschen Landbevölkerung gebrauchen — gegen ein Fuder Mist läßt sich nicht anstinken.

Die Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie können die Gegner nicht weiter übertreffen. Daß der positive Erfolg für sie trotzdem nur 500 Stimmen beträgt und dieser Erfolg obendrein noch den Werten zugefallen ist, während Bündler und Nationalliberale zusammen auf gleicher Höhe blieben, beweist, daß trotz der ungeheuren gegnerischen Kraftentfaltung für die „nationale“ Sache auch nichts erreicht ist.

Das alles kann und darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir nichts erreicht haben, und Stillstand ist, namentlich bei unserer Partei — Rückgang! Unsere Agitation muß systematisch betrieben werden, aber nicht schematisch. Wir veräumen zu oft die besten Gelegenheiten zur Agitation, und es würde gar nichts schaden, wenn die Genossen, die es so meisterhaft verstehen, durch ihre Bekämpfung der eigenen Parteigenossen den Gegnern Material an die Hand zu geben, einmal selbst in der Kleinagitation nicht durch überlegene Wize, sondern durch überzeugende Beweisführung Parteigenossen werden würden. Daß das letztere viel weniger geschieht als das erstere, ist nun einmal Tatsache und wir müssen diesem Zustande ein gut Teil unseres Mißerfolges zuschreiben. Wo sind denn die Broschüren, mit denen man früher auf Land hinausging und Erfolge erntete, geblieben? Uns geht es in der Partei so wie es in der Gewerkschaftsbewegung gegangen ist. Einst waren wir am besten, musterhaft organisiert. Dabei sind wir stehen geblieben. Als in der Gewerkschaftsbewegung die Arbeitgeber uns in der Organisation überflügelt, geschah die Wendung zum Besseren, und aus den Niederlagen bei den Nachwahlen ist dieselbe Lehre für die Partei zu ziehen. Wir können nur an unserer eigenen Partei erkennen, worum der hoffnungsreichste hannoversche Wahlkreis mit einer solchen Niederlage enttäuscht. Die Parteiorganisation auszubauen ist dringend notwendig, aber dazu gehören Leute, die nicht im Nebenamt diese wichtigsten Aufgaben der Partei ausführen.

Schulverschlechterung in Württemberg.

Man schreibt uns aus Stuttgart: Ohne alles Aufsehen hat sich in den letzten Tagen in Württemberg ein schulpolitisches Ereignis vollzogen, das in seiner Tragweite den vielbesprochenen preussischen Schulkompromiß weit hinter sich läßt. Mit Hilfe der Nationalliberalen und der sächsischen Volkspartei hat die in Schulfragen vollständig unter kirchlichem Einfluß handelnde württembergische Regierung die Schulnovelle unverändert unter Dach gebracht, die, wie sich immer deutlicher herausstellt, in jeffuitischer Weise die Konfessionsschulen beseitigen hilft. Das Gesetz sollte in der Hauptsache ein Befordrungs-gesetz sein und den Lehrern die Erfüllung eines Teiles ihrer berechtigten Wünsche nach besserer Bezahlung bringen; die Frage der Schulaufsicht sowie andere prinzipielle Fragen erklärte die Regierung mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten zunächst aufschreiben zu müssen. Damit konnte man sich, wie die Dinge nun einmal liegen, zufrieden geben. Aber schon bei der Spezialdebatte über den Artikel 8 des Gesetzes trat hervor, daß es keineswegs so harmlos ist, wie die Regierung es hinstellte. Der volksparteiliche Abgeordnete Vey wandte sich gegen die Fassung dieses Artikels, der 60 Familien, die eine direkte Staatssteuer bezahlen, das Recht auf eine konfessionelle Minderheitenschule aus gemeindlichen Mitteln gibt, und beantragte einen Zusatz, der wenigstens insofern einen Ausgleich schafft, als bei Vorhandensein von sechzig konfessionslosen Familien auf Mehrheitsbeschluß derselben eine konfessionslose Minderheitenschule aus Gemeindemitteln errichtet werden muß. Ferner sollte den Eltern in Orten mit Schulen verschiedenen Glaubensbekenntnisses freigestellt werden, ihre Kinder in die eine oder die andere Schule zu schicken. Wie bereits berichtet, fanden diese Anträge nur bei den Sozialdemokraten Unterstützung, während die Fraktionskollegen des Antragstellers im Verein mit den anderen bürgerlichen Abgeordneten sie niederstimmen halfen. Ja, das volksparteiliche Hauptorgan, der „Verächter“, langelte Herrn Vey tüchtig ab für seinen „unwesentlichen und undurchführbaren“ Antrag, der nicht an der Zeit gewesen sei, weil es sich in der Regierungsvorlage nur um eine formale Anpassung an das seit April dieses Jahres geänderte Steuerrecht handele. Das ist aber mit nichten der Fall. Nach dem Bescheidenden Recht hatten nur 60 Familien von Grundbesitzern oder Gewerbetreibenden Anspruch auf Errichtung einer konfessionellen Minderheitenschule; da aber die konfessionellen Minderheiten in Württemberg bei der strengen räumlichen Scheidung zwischen katholischen und protestantischen Landesteilen in der Regel den besitzlosen Klassen angehören, konnten die kirchlichen Kampfbahnen beider Konfessionen in den meisten kleinen Gemeinden die tatsächliche Sinnanisierung der Volksschule nicht hindern. Größer beunruhigt deshalb bei der vor einigen Jahren angebahnten Verfassungsrevision eine Erweiterung des Rechts der konfessionellen Minderheiten, was damals mit dazu beitrug, das Reformwerk zum Scheitern zu bringen; die Regierung wagte nicht, diese

Forderung offen zu vertreten. Mit der von ihr seit Jahren gehandhabten Umgehung des Schulgesetzes durch Subventionierung konfessioneller Privatschulen in Orten, wo die gesetzlichen Voraussetzungen für öffentliche konfessionelle Minderheitenschulen nicht gegeben sind, war der kirchlichen Herrschaft nicht Genüge getan. Deshalb wurde nun unter dem Mantel „formaler Anpassung“ die tatsächliche Aenderung des materiellen Rechts in die Schulnovelle hineingeschmuggelt. Die Folge dieser Gesetzesverschlechterung wird sein, daß in den nächsten Jahren die konfessionellen Zwangsschulen wie Pilze aus dem Boden schießen werden. Wenn von 60 berechtigten Eltern die Mehrheit, also nur 31, eine solche Zwangsschule verlangt, so müssen die anderen 29 Familien sich dem fügen, ob sie wollen oder nicht. Sie werden gezwungen, ihre Kinder aus gutgeleiteten achtklassigen Schulen herauszunehmen und in einlässige Zwangsschulen zu schicken. Vermehrte Ausgaben bei gleichzeitiger Verschlechterung der Schule sind der Effekt der württembergischen Schulnovelle. Die Annahme des unüberänderten Artikels 8 bedeutet aber zugleich die grundsätzliche Anerkennung der kirchlichen Schule und die Verwerfung des Prinzips der konfessionslosen Staatsschule. Für die rücksichtlose Entwicklung der politischen Verhältnisse in Württemberg ist bezeichnend, daß bei der Beratung des Volksschulgesetzes im Jahre 1896 selbst der Bischof von Rottenburg und die Prälaten sich dagegen verwahrten, konfessionellen Zwang ausüben zu wollen. Nur vier Abgeordnete stimmten damals dafür, daß Eltern in der Wahl der Schule behindert werden, in die sie ihre Kinder schicken wollen; heute stimmen außer den sechs Sozialdemokraten nur fünf Abgeordnete gegen einen solchen Zwang! Auch in dieser Frage zeigte sich wieder, wie berechtigt die gegen die derzeitige Führung der Volkspartei gerichtete Spitze der sozialdemokratischen Osterrevolution war. Der Anhang der Volkspartei im Lande und die volksparteiliche Brotpresse sind empört über die Haltung der volksparteilichen Generale und ihres Stuttgarter Organs in der Schulfrage.

So schreibt der volksparteiliche „Hohenstaufen“: „In den Fragen des Militarismus und Imperialismus Konzeptionen nach rechts, in Volksbildungsfragen auf der Seite der Ultramontanen — wer hat den Mut, das Liberalismus zu nennen! Aber die Herren Haußmann und Konforten, die die Volkspartei dirigieren, werden über diese Warnungsrufe christlicher Demokraten ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie sie es im Vorjahre gelegentlich der Protestbewegung gegen die Erste Kammer getan haben. Genau so wie damals werden im Zentralorgan der Partei die dissentierenden Stimmen totgeschwiegen. In dieser unehrlichen und terroristischen Art werden die Meinungsverschiedenheiten im volksparteilichen Lager ausgeglichen.“

Ausland.

Zur Marokko-Frage.

Paris, 9. Juni. Die dem Ministerpräsidenten Rouvier während des diplomatischen Empfanges durch den deutschen Geschäftsträger Votschafskrat von Flotow überreichte Note ist eine Birkelnote, die von der deutschen Regierung an alle Mächte gerichtet ist. Die Note umfaßt nur etwa zwanzig Zeilen. Die deutsche Regierung erklärt, sie stimme dem Vorschlage der marokkanischen Regierung zu, die Reformfrage einer internationalen Konferenz zu unterbreiten. Deutschland stützt sich dabei auf Artikel 17 der Madrider Konvention, welcher in Marokko allen vertragschließenden Mächten das Recht der Intervention zusichert. Rouvier beschränkte sich darauf, die Note zur Kenntnis zu nehmen. Man glaubt, daß die Mächte, denen die Note zugestellt worden ist, bis jetzt ihre Antwort noch nicht erteilt haben.

Paris, 9. Juni. In parlamentarischen Kreisen hält man es nunmehr für ziemlich sicher, daß Rouvier das Finanzministerium abgeben und sich ausschließlich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten widmen werde. Als künftiger Finanzminister wird vielfach der gegenwärtige Kolonialminister Cloumencel genannt, der entweder durch den früheren Kolonialminister Doumergue oder durch den Deputierten Dubert ersetzt werden soll.

Von Blättern wird gerüchelt, daß Ministerpräsident Rouvier beabsichtigt, den französischen Gesandten in Marokko Tallandier wegen des Mißerfolges seiner Sendung abzuberufen und an seiner Stelle den früheren Generalgouverneur von Algerien Reboil zu ernennen, welcher den Gesandtenposten in Tanger bereits vor mehreren Jahren innehatte.

Frankreich.

Das „Anarchismus“ der Streikbrecher. Die nationale Vereinigung der „Gelben“ (das sind nach dem „Wolffschen Telegraphen-Bureau“ die Arbeiter, welche für persönliche Freiheit bezüglich der Arbeit sind, während es sich in Wirklichkeit um die vom Unternehmertum und der Reaktion gegründeten Streikbrecherorganisationen handelt) hat an den Minister des Innern ein Schreiben gerichtet, in welchem sie gegen die Hindernisse protestieren, welche der Freiheit bei der Arbeit durch die Gewalttätigkeit der den roten Syndikaten angehörenden Arbeiter in den Weg gelegt werden. (Die roten Syndikate zwingen ihren Anhängern ihre Entscheidung in Bezug auf Ausstände auf,“ erläutert Wolffs Bureau höchst naiv). Sie erklärt, sie habe 400 000 Mitglieder, die in allen Fällen gerechtfertigter Notwehr von den Waffen Gebrauch machen würden. Das Protokoll weist besonders auf die Angriffe hin, unter denen die Gelben bei den Zusammenkünften der gelben Syndikate in Nantes und Havre zu leiden hatten.

Es ist nett, daß das offiziöse deutsche Telegraphen-Bureau für eine Streikbrecherorganisation Sympathien äußert, die offen droht, daß sie unter der Freiheit der Arbeit die Freiheit des Schießens auf ausständige Arbeiter versteht, die ihre Brüder nicht vertragen.

Belgien.

Militärjustiz. Der Militarismus zeigt überall dieselben Blüten: Kadavergehorsam, Mißhandlung der Untergebenen, strengste Bestrafung der geringsten Vergehen der Mannschaften und äußerste Milde bei Beurteilung der oft schweblichen Mißhandlungen, die sich Vorgesetzte zuschulden kommen lassen. So hatte kürzlich das Kriegsgericht von Brabant über zwei Fälle zu entscheiden. Der 24jährige Soldat Douchard, der schon mit fünf Monaten vorbestraft ist, war angeklagt, einem Unteroffizier mit dem Stocke einen leichten Schlag versetzt zu haben. Das Gericht zweifelte an seiner Zurechnungsfähigkeit und überwies ihn zur Beobachtung dem Militär-Lazarett. Die Militärärzte erklärten ihn aber für vollkommen gesund und Douchard wurde, obwohl die Verletzung des Unteroffiziers vom Kriegsgerichte selbst als eine leichte anerkannt wurde, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Dasselbe Gericht erkannte gegen einen Sergeanten, der einen Soldaten, ohne hierzu provoziert gewesen zu sein, demselben an der Hand verlegt hatte, daß dieser lange dienstunfähig blieb, auf eine Geldstrafe von 20 Franc.

Der Protest der Semstwo.

Der von Trepow „verbotene“ Moskauer Kongreß der Semstwo und Stadträte hat eine Adresse an den Zaren gerichtet, so scharf und schneidend, daß man davon reden kann, wie selbst in diese aus Konservativen und Liberalen bestehenden Körperschaften die Sprache der Revolution eingedrungen ist. Die Adresse lautet:

In Anbetracht unseres großen Unglücks und der großen Gefahr, in der Rußland und Ihr eigener Thron schweben, haben wir uns, unter Beiseiteziehung aller uns trennenden Meinungsverschiedenheiten und einzig und allein geleitet von heißer Liebe zu unserem Vaterlande, entschlossen, uns direkt an Sie zu wenden. Majestät! Rußland ist durch die verbrecherischen Fehler und die Nachlässigkeit Ihrer Ratgeber in einen unheilvollen Krieg getrieben worden. Unserer Armes ist es nicht gelungen, den Feind zu besiegen, unsere Flotte ist vernichtet, und drohend als die Gefahren von außen beginnt der Bürgerkrieg. Mit Ihrem ganzen Volke haben Sie alle Fehler der unwillkürlichen und gefährbringenden bürokratischen Organisationen gesehen und beschlossen, diese Organisation zu ändern, und eine Reihe von Maßregeln vorgeschrieben, die eine Reorganisation bezwecken. Diese Vorschriften sind entworfen worden und auf keinem Gebiete zu der gewollten Ausführung gelangt. Unterdrückung der Person und der Gesellschaft, Unterdrückung des Wortes und Willkürlichkeiten aller Art nehmen zu, anstatt daß, wie von Ihnen vorgeschrieben, der Zustand des verstärkten Schutzes aufgehoben und die Willkür der Verwaltung beschränkt wird. Die Gewalt der Polizei wird vergrößert und die Polizei erhält unbeschränkte Vollmachten. Man verfehrt Ihren Untertanen den von Ihnen zu dem Zwecke geöffneten Weg, daß die Wahrheit zu Ihnen gelangen könne. Sie haben sich entschlossen, Vertreter des Volkes zusammenzurufen, um gemeinsam mit ihnen eine Reorganisation unseres Landes durchzuführen, aber Ihre Worte ist bisher die Ausführung nicht erfolgt, trotz der drohenden Größe der Ereignisse, die sich abgepielt haben.

Die Gesellschaft wird beunruhigt durch Projekte, welche eine Klassenkonferenz an die Stelle einer nationalen Vertretung setzen, welche die bürokratische Organisation beseitigen soll. Majestät! Befehlen Sie unverzüglich, und ehe es zu spät wird für das Heil Rußlands, daß zur Festigung der Ruhe und des Friedens im Innern von allen Ihren Untertanen ohne Unterschied und mit gleichem Recht zu wählende Vertreter des Volkes einberufen werden, die im Einvernehmen mit Ihnen die Lebensfrage entscheiden, ob Krieg oder Frieden, die über die Friedensbedingungen entscheiden, oder den Frieden ablehnen und damit den gegenwärtigen Krieg in einen nationalen Krieg umwandeln, und die allen Völkern ein Rußland zeigen, das ausgedehnt hat, von inneren Kämpfen zerrissen und erschöpft zu sein, das im Gegenteil, gekraft und mächtig in seiner Wiedergeburt, um eine einzige nationale Fahne geschart ist, und die im Einvernehmen mit Ihnen eine neue Organisation des Staates herbeiführen. Majestät! In Ihren Händen liegen die Ehre und die Macht Rußlands und sein innerer Friede, von dem der äußere Friede abhängt. In Ihren Händen liegt das Reich, das Sie von Ihren Vorfahren ererbt haben. Bögen Sie nicht, Majestät, denn groß ist in dieser Stunde fürstlicher nationaler Prüfung Ihre Verantwortung vor Gott und vor Rußland.

Auf diese Forderungen antwortet der Zarismus vorläufig mit

nebelhaften „Beratungen“.

So wird aus Petersburg offiziell telegraphiert: Die gestern stattgehabte erste Sitzung des Ministerrats zur Beratung der Einberufung einer Volksvertretung wurde mit einer Rede des Vorsitzenden eröffnet, in welcher derselbe, wie „Ruß“ erfährt, darauf hinwies, daß die schwierige Aufgabe noch durch die Notwendigkeit kompliziert sei, die Frage gemäß dem Willen des Kaisers und der gegenwärtigen Sachlage möglichst schnell zu entscheiden. Die dem Projekte Wulgins zugrunde liegenden Prinzipien sowie andere Einzelheiten und der Vorschlag, eine befähigte Soljudat Awennaja Duma aus den gewählten Volksvertretern zu bilden, wurden als geeignet anerkannt, die Bedürfnisse zu befriedigen. Die Artikel, welche die Wahlen betreffen, die mit Hilfe der bestehenden Selbstverwaltungs- und der kommunalen Institutionen vorzunehmen sind, wurden beraten und mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Das ist weniger als nichts.

Neue Judenhehen.

Minsk, 9. Juni. (Offizielle Meldung.) Gestern abend durchschwärmten Gerüchte von Unruhen die Stadt. Sofort wurden die Türen und die Haustüren geschlossen. Wie sich ergab, hatten Mannschaften der 40. Division Fenster eingeworfen und Israeliten mißhandelt, weil ein Israelit einem Soldaten einen Geldbeutel gestohlen hatte. (??) Die angefallenen Israeliten gaben einige Revolverkugeln auf die Soldaten ab, die sich dann nach dem Kaiserpalast begaben, wo Soldaten der 55. Brigade sich ihnen anschlossen. In die anliegenden Häuser flohen nun Gleine. Die Polizei erwiderte (?) die Schüsse der Israeliten, wobei viele verwundet und einer getötet wurde. Kosaken und Dragoner zerstreuten alsdann die Menge. Einige Schulleute wurden verwundet, mehrere Soldaten verhaftet. Patrouillen durchzogen die Straßen.

Der Krieg.

Tokio, 9. Juni. Amtlich wird gemeldet: Nachdem die Japaner am Morgen des 7. Juni den aus mehr als einer Kompagnie Infanterie bestehenden Feind aus seiner Stellung auf den Höhen nördlich von Pianchuiduan vertrieben hatten, besetzten sie eine Anhöhe östlich von dem vier Meilen nördöstlich von Chengchengsu gelegenen Ort Chapengon. An demselben Tage wurde die Japaner russische Angriffe auf Soupangant nördlich von Changtu sowie auch Taotun und Schistui zurück.

Die russischen Schiffe vor Manila.

Der Gouverneur der Philippinen machte dem Kriegsschiffskapitän in Washington telegraphisch davon Mitteilung, daß die russischen Schiffe der Aufforderung, den Hafen innerhalb 24 Stunden zu verlassen, nicht Folge geleistet hätten und daß sie infolgedessen der Verwahrung des Admirals Train unterstellt worden seien. Dieser habe die erforderlichen Schritte getan, um die Schiffe zu internieren; dieselben befinden sich gegenwärtig hinter dem Wellenbrecher im Bereich der Geschütze der amerikanischen Kriegsschiffe „Ohio“ und „Monadnock“. Admiral Train werde die Maschinen der russischen Schiffe gebrauchsunfähig machen und von den Geschützen die Verschleißstücke entfernen lassen. Offiziere und Mannschaften sind gegen ehrenvolle Aufnahme, nicht mehr am Kriege teilzunehmen, freigelassen worden.

„Nach dem Willen des Höchsten“.

Petersburg, 9. Juni. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Kaiser Nikolaus telegraphierte an Admiral Rosdjestwenski: Von Herzen danke ich Ihnen und allen den Offizieren des Geschwaders, welche im Kampfe ihre Pflicht ehrenvoll erfüllten, für Ihre Aufopferung in Rußlands und meinem Dienste. Nach dem Willen des Höchsten war es Ihnen nicht beschieden, daß Ihre Heldentat durch Erfolg gekrönt wurde, aber auf Ihren unbegrenzten Geldmut wird das Vaterland immer stolz sein. Ich wünsche Ihnen baldige Genesung, auch daß Gott Sie alle tröste.

Zur Friedensfrage.

Washington, 9. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Dem Vernehmen nach hat keiner der Besuche, die dem Präsidenten Roosevelt von hiesigen Diplomaten abgestattet worden sind, besondere Bedeutung gehabt, mit Ausnahme des Besuches des japanischen Gesandten Takahira, bei dem zweifellos von der Audienz Mitteilung

gemacht wurde, welche der amerikanische Vorkämpfer in Petersburg beim Kaiser Nikolaus gehabt hat. Das die Verhandlungen noch in ihrem Anfangsstadium sind, erhellt aus der von zuständiger Stelle gemachten Mitteilung, daß der Gesandte Takahira nicht in der Lage war, dem Präsidenten Roosevelt auch nur die leiseste Andeutung über die Bedingungen zu machen, unter denen Japan geneigt sein würde, Frieden zu schließen. Der russische Vorkämpfer Graf Cassini hatte gestern eine längere Unterredung mit dem französischen Vorkämpfer Jusserand.

Washington, 9. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Bei der kürzlich dem amerikanischen Vorkämpfer in Petersburg v. Lengerle-Meyer gewährten Audienz deutete der Kaiser seine Bereitwilligkeit an, den Friedensschluß in Betracht zu ziehen, und sprach seine warme Anerkennung der freundlichen Worte v. Lengerle-Meyers als persönlichen Absgesandten Roosevelts aus. v. Lengerle-Meyer sagt, die Audienz habe sich durch sehr große Herzlichkeit und Freundlichkeit ausgezeichnet, und hält die Aussichten auf Annahme der von Amerika angebotenen guten Dienste für günstig.

London, 9. Juni. (B. L. B.) Die „Morning Post“ meldet aus Washington unterm 8. d. M.: Japan will unter keinen Umständen die Bedingungen, unter denen es Frieden schließen würde, bekannt geben, ehe die Bevollmächtigten zusammengetreten sind. Viele Einzelheiten müssen noch geordnet werden; aber der Präsident glaubt so zuversichtlich, daß ein Uebereinkommen zustande kommen wird, daß man in Washington allgemein hofft, die amtliche Bekanntmachung desselben könne in kurzer Zeit erfolgen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen
der Firma Jofetti, Berlin, hielten am 8. d. M. eine Fabrikbesprechung ab, in welcher berichtet wurde, daß der Stand des Streiks noch ebenso ist, wie am Anfang. Die Verluste der Firma Jofetti, durch Annoncen im „Lokal-Anzeiger“ und der „Morgenpost“ Lehnmädchen als Streikbrecher zu bekommen, sind dank der vorhandenen Solidarität der stellungsuchenden Arbeiterinnen gänzlich mißlungen. Ebenso begibt sich die Firma durch Annoncen wie persönliche Auftritte auf die Suche nach Cigarettenarbeitern, welche bei hohem Lohn Mädchen anlernen sollen. Auch dies ist mißlungen. Nachrichten vieler Ladeninhaber zufolge, welche der Vertrauensmann der Berliner Tabakarbeiter, Kollege Wörner, mitteilte, werden die Fabrikkate der boykottierten Firmen von der organisierten Arbeiterkraft streng gemieden. Das wurde freudig begrüßt, ebenso die Aufforderung; die gesamten organisierten Arbeiter mögen sich halten an dem Boykottbeschlusse und die Ausständigen in diesem Kampfe nach besten Kräften unterstützen. Am Schluß der Fabrikbesprechung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

In der am 8. Juni 1905 abgehaltenen Fabrikbesprechung erklären die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Cigarettenfabrik Jofetti, Berlin, ihre Solidarität mit den Dresdener Kolleginnen, da die Verhältnisse jetzt noch ebenso liegen wie am ersten Tage der Aussperrung und versprechen, an den früheren Beschlüssen festzuhalten, welche dahin gehen, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen wird, bis die Forderungen der Dresdener Kolleginnen bewilligt sind.

Die Lohnbewegung der Barbiergehilfen

wurde am Freitag vor dem Einigungsamt unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors v. Schulz verhandelt. Vertreten waren auf der einen Seite die freie Vereinigung selbständiger Barbier, auf der anderen Seite der Zentralverband und die Lokalorganisation der Barbiergehilfen.

Die Arbeitgeber erklärten sich mit den hauptsächlichsten Forderungen der Gehilfen ohne weiteres einverstanden, nur in einigen Punkten wünschten sie eine Herabminderung der aufgestellten Forderungen. So wollen sie die Zuschläge am Sonnabend und Sonntag, wofür 7 M. mit Kost gefordert werden, im Winter, wo das Geschäft schlechter geht, nur mit 6 M. bezahlen; ferner wünschen die Arbeitgeber, daß die Arbeitszeit, die nach den Forderungen im Sommer von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends und im Winter von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr mit einständiger Mittagspause wahren soll, eine halbe Stunde früher beginnen soll. Der geforderten Freigabe des zweiten Feiertags an den drei hohen Festen wollen die Arbeitgeber zustimmen mit der Einschränkung, daß davon abgesehen wird in solchen Fällen, wo der Feiertag des Gehilfen den Schluß des Geschäfts zur Folge haben müßte.

Die Vertreter der Gehilfen erklärten, daß sie den Lohn für Zuschläge um möglichst hoch halten müßten, damit mehr Gehilfen in feste Stellen kämen und die Arbeitgeber sich nicht, wie das jetzt geschieht, mit Ausschüssen begnügen.

Einer Verlängerung der Arbeitszeit konnten sie nicht zustimmen, da die geforderte bereits 14 Stunden betrage. Mit dem Verzicht auf den zweiten Feiertag in dringenden Fällen könne man einverstanden sein, wenn dem Gehilfen dafür ein freier Wochentag gewährt werde. — Wie seitens der Gehilfen bemerkt wurde, gibt es in Berlin etwa 1200 Arbeitgeber, die Gehilfen beschäftigen, 300 derselben mit 400 Gehilfen kämen für die Bewegung nicht in Frage, weil die Forderungen dort erfüllt seien, 400 mit 380 Gehilfen haben die Forderungen bewilligt.

Der Vorsitzende der freien Vereinigung selbständiger Barbier betonte, daß seine Organisation den dringenden Wunsch habe, einen Tarifvertrag mit den Gehilfen-Organisationen abzuschließen, und wenn sie die Forderungen in einigen Punkten herabgemindert wissen wolle, so sei sie durch die Lage der Verhältnisse dazu gezwungen, denn die Innungen verhalten sich zu den Forderungen völlig ablehnend und die freie Vereinigung mit etwa 250 Mitgliedern könne deshalb nicht alles bewilligen, so gern sie auch möchte.

Das Einigungsamt machte den Parteien einen Vergleichsvorschlag, der den von den Arbeitgebern ausgesprochenen Wünschen nur zum Teil entgegenkommt, und zwar darin, daß die Arbeitszeit am Sonnabend, nicht wie gefordert um 10, sondern um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr abends endet, und daß der zweite Feiertag freizugeben ist mit Ausnahme von unvorhergesehenen Fällen, wo aber dann ein freier Wochentag gewährt werden muß. Im übrigen sind die Einigungsvorschläge gleichbedeutend mit den Forderungen: Wochenlohn ohne Kost und Logis 20 M., mit halber Kost und Logis 12 M., für Zuschläge am Sonnabend von 2—10 $\frac{1}{2}$ Uhr und am Sonntag von 7 bis 9 Uhr 7 M., mit 8,50 M. ohne Kost; für Zuschläge an Wochentagen 4 M. ohne 3 M. mit Kost, für halbe Wochentage mit Kost 2 M. — Die Arbeitszeit währt in den Monaten April—September von 7—9 Uhr, Oktober—März von 7 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr mit einständiger Mittagspause. Ferner besagt der Vergleichsvorschlag, daß den Gehilfen nicht der Laden als Schlafstelle gegeben werden soll, daß beide Parteien ihre Organisationen gegenseitig anerkennen, daß eine Schlichtungskommission aus je vier Mitgliedern beider Parteien einzusetzen ist, die auch die Frage des Arbeitsnachweises, die zwischen den Parteien strittig ist, zu erledigen hat. Der Vertrag soll vom 9. Juni 1905 bis 1. Mai 1906 gelten und wenn er nicht drei Monate vorher gelündigt wird, ein Jahr weiter laufen.

Im Laufe der nächsten Woche werden die Versammlungen beider Parteien über den Vergleichsvorschlag beschluß fassen. Wird er auch nur von einer Partei abgelehnt, dann fällt das Einigungsamt einen Schiedsspruch.

Die Lohnbewegung der Koffermacher.

Am Donnerstagsvormittag waren die streikenden Koffermacher im Gewerkschaftshaus versammelt, um zu dem Resultat der letzten Einigungsverhandlungen Stellung zu nehmen. Von seiten der Lohnkommission wurde der Versammlung folgender vom Einigungsamt formulierter Tarifvertrag zur Annahme vorgelegt: 1. Die Arbeitszeit beträgt 53 Stunden pro Woche. 2. Für gelernte Arbeiter, die im Lohn beschäftigt werden, darf der Durchschnittslohn einer Werkstelle nicht unter 50 Pfennig pro Stunde betragen. Bei Neueinstellungen soll der Stundenlohn in der Regel nicht unter 45 Pfennig betragen. 3. Für Alfordarbeiter tritt sofort eine Lohnerhöhung von 3 Prozent, vom 1. Oktober 1905 eine weitere von 2 Proz. ein. Für Papphandwerker-Arbeiter tritt sofort eine Lohnerhöhung von 6 Proz. ein, vom 1. Oktober 1906 tritt auch hier eine weitere Erhöhung von 1 $\frac{1}{2}$ Proz. ein. 4. Gelernte Arbeiter, die im Lohn beschäftigt werden, erhalten eine Lohnzulage von 5 Proz. 5. Die Löhne derjenigen Hilfsarbeiter, welche mindestens ein Jahr in der Branche beschäftigt sind, werden ebenfalls um 5 Proz. aufgebessert. 6. Ueberstunden werden bis 8 Uhr abends mit 25 Proz., nach 8 Uhr sowie Sonntagsarbeit mit 33 $\frac{1}{2}$ Proz. Zuschlag entlohnt. 7. Die Heimarbeit wird in der Weise eingeschränkt, daß neue Heimarbeiter in Zukunft nicht eingestellt werden dürfen. 8. Entlassungen wegen Mangel an Arbeit sollen in der Regel erst dann stattfinden, wenn die Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich beschränkt ist. 9. Maßregelungen aus Anlaß der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden; sämtliche Streikende müssen wieder eingestellt werden, soweit Arbeit und Platz vorhanden ist, bevor fremde Arbeitskräfte angenommen werden. 10. Sämtliche in diesem Vertrage nicht berührten Bestimmungen des alten Vertrages behalten ihre Gültigkeit. 11. Die Parteien werden eine partielle Schlichtungskommission bilden. Diese Schlichtungskommission hat neben der Beilegung von Differenzen auch die Pflicht, vier Wochen vor Ablauf des Vertrages einen neuen Entwurf vorzulegen. 12. Der Vertrag tritt, vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen am 13. Juni dieses Jahres in Kraft.

In der Diskussion vertraten fast sämtliche Redner den Standpunkt, daß es den Fabrikanten wohl möglich gewesen wäre, ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Als Resultat eines sechswohentlichen Streiks wären die Zugeständnisse gegenüber unseren berechtigten Forderungen als ziemlich gering zu bezeichnen. In Anbetracht der schon ziemlich weit vorgeschrittenen Saison würde es jedoch für zweckmäßig gehalten, den Kampf nicht weiter auszuwehnen, sondern auf Grund des vorgelegten Tarifes die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Lohnkommission wurde die Vollmacht erteilt, den Vertrag zu unterzeichnen.

Die Gips- und Zementbranche (Sektion des Maurerverbandes) hat am 23. Mai eine Bauteilkontrolle vorgenommen, deren Ergebnis jetzt festgestellt worden ist. Kontrolliert sind 446 Bauten, auf denen 2740 Angehörige der Branche arbeiten. Am Tage der Kontrolle waren 198 Arbeitslose eingetragen, 190 arbeiteten außerhalb des Kontrollgebietes. Die Organisation zählt 8054 Mitglieder. — Von den Kontrollierten waren 519 Rabißpuyer, von denen 452 den Vertragslohn von 85 Pf. pro Stunde erhielten, 56 erhielten höheren, 2 niedrigeren Lohn, 9 arbeiteten in Alford. — Von 114 Luginowandpuyern arbeiteten 54 in Alford, 60 zu dem Stundenlohn von 85 Pf. — Von 43 Plattensetzern erhielten 23 den Vertragslohn von 85 Pf., 4 einen geringeren Lohn, 11 arbeiteten in Alford. — 267 Rabißspanner wurden kontrolliert. Davon erhielten 212 den vertragsmäßigen Stundenlohn von 67 $\frac{1}{2}$ Pf., 34 arbeiteten zu einem höheren, 6 zu einem niedrigeren Lohn, 6 in Alford. — Von 239 Zementierern erhielten 125 den Vertragslohn von 67 $\frac{1}{2}$ Pf., 88 einen höheren, 75 einen niedrigeren Lohn. — 26 Flechter wurden festgesetzt, davon arbeiteten 21 zu dem Vertragslohn von 67 $\frac{1}{2}$ Pf., 5 zu einem geringeren Lohn. — Von 186 Einschälern erhielten 160 den vertragsmäßigen Lohn von 57 $\frac{1}{2}$ Pf., 13 erhielten höheren, 13 niedrigeren Lohn. — 315 Puyeträger arbeiteten bei einem Puyer, 236 erhielten den vertragsmäßigen Lohn, 73 einen höheren, 6 einen geringeren Lohn. — 161 Puyeträger arbeiteten für zwei Puyer, 141 erhielten den vertragsmäßigen Lohn von 67 $\frac{1}{2}$ Pf., 9 einen höheren, 11 einen niedrigeren Lohn. — Von 897 Hilfsarbeitern bekamen 627 den Vertragslohn von 50 Pf., 270 arbeiteten zu einem geringeren Lohn. — Auf 410 von den kontrollierten Bauten wurde 9 Stunden, auf 3 Bauten 8 $\frac{1}{2}$ Stunden, auf 8 Bauten 9—10 Stunden, auf 25 Bauten 10 Stunden gearbeitet. — Ein Baubehüterer war auf 75 Bauten vorhanden, auf 368 Bauten fehlte ein solcher. — Auf 362 Bauten war eine Baubude vorhanden, auf 30 Bauten war die Bude mangelhaft, auf 84 fehlte sie ganz. — Ein Abort fand sich auf 428 Bauten, in 5 Fällen war er sehr mangelhaft, auf 18 Bauten war kein Abort vorhanden.

Schutzmänn und Streikposten.

Die Tischler Woch und Döring, welche in der Wienerstraße zu Berlin nahe einer Tischlerei Streikposten standen, waren einer polizeilichen Aufforderung weiter zu gehen, nicht gefolgt. Sie wurden deshalb in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Uebertretung der Berliner Straßenpolizeiverordnung zu Geldstrafen von je 30 M. verurteilt, weil sie einer zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergangenen Anordnung eines Sicherheitsbeamten nicht gefolgt seien. Allerdings habe der Schutzmänn von dem ihm vorgeordneten Polizeileutnant die allgemeine Anweisung gehabt, im fraglichen Teile der Wienerstraße keine Streikposten zu dulden. Indessen habe er selber gewünscht, daß Aufstörungen in der Wienerstraße vorgekommen gewesen seien, und es sei anzunehmen, daß ihn auch dies bestimmt habe, die Angeklagten wegzurufen, und daß somit keine Aufforderung zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs ergangen sei. Gleichgültig sei, ob das, was er über Störungen gehört habe, sich in Wirklichkeit auf diesen Streik oder auf einen anderen bezog. — Das Kammergericht verwurft die hiergegen eingelegte Revision mit der Begründung, daß die Feststellung entscheidend sei, die Aufforderung des Schutzmänn sei zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ergangen. Einer solchen Aufforderung hätten die Angeklagten folgen müssen. Ob die Maßnahme zweckmäßig oder notwendig war, könne vom Richter nicht geprüft werden.

Damit sind die Streikposten und somit die Ausübung des Koalitionsrechtes in die Hände des Schutzmänn gegeben.

Deutsches Reich.

Zum Gewerkschaftslosgang nahmen am 6. Juni in Leipzig die Holzarbeiter Stellung. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen:

„Die heute am 6. Juni im Volkshaus tagende Versammlung, in der die Holzarbeiter Leipzig den Bericht über den Gewerkschaftslosgang entgegengenommen haben, bedauert lebhaft die Haltung des Kongresses in den zwei Punkten der Tagesordnung: Generalstreik und Waisfeier und spricht ihre schärfste Mißbilligung über den resultatlosen Verlauf der Debatte aus. Insbesondere bedauert die Versammlung die Zurückziehung sämtlicher Resolutionen in Sachen Waisfeier, da es dadurch vereitelt wurde, eine bestimmte Parole für die zukünftigen Waisfeiern auszugeben. Da die Holzarbeiter Leipzig in der Arbeitstruhe die einzige und wirksamste Demonstration für die auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris 1889 aufgestellten Forderungen erblicken, beschließt die Versammlung, für strikte Durchführung der Arbeitstruhe am 1. Mai Sorge zu tragen.“
Auch die Metallarbeiter haben sich mit dem Kongress beschäftigt. Der Referent Hank erklärte, daß die Führer des Metallarbeiter-Verbandes bezüglich der Waisfeier auf dem Boden der Pariser Resolution von 1889 ständen. Beschlüsse wurden in der Versammlung nicht gefaßt.

Achtung! Metallarbeiter.

Darmstadt, 8. Juni.

Im Laufe des letzten Frühjahrs reichten die Former der Herdfabrik von Gebrüder Adler dahier einen Lohnarif ein, in welchem neunständige Arbeitszeit und 3,60 M. bis 4,50 M. Taglohn gefordert wurden. Bewilligt wurden 9 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit und 5 Proz. Lohnerhöhung für Former, während für alle übrigen Arbeiter nichts bewilligt wurde. Daraufhin reichten am 20. Mai die Former und Hilfsarbeiter die Kündigung ein. Infolgedessen kündigte die Firma ihren sämtlichen übrigen Arbeitern, 400 an der Zahl. Von dieser Aussperrung wurden eine große Anzahl Unorganisierten mitbetroffen, die es nun an eigenen Leibe verspüren müssen, was es heißt, der Organisation feindlich gegenüber zu stehen. Die streikenden Former sind bis auf den letzten Mann organisiert und sind fest entschlossen, so lange auszuhalten, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Die Firma versucht von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen und verspricht denselben 7—8 M. Taglohn. Wenn es der Firma ernst wäre, derartige Löhne zu zahlen, so fielen es den hiesigen Kollegen gar nicht ein zu streiken.

Wir bauen auf die Solidarität der übrigen Former Deutschlands und hoffen, daß die Anwerbungsversuche der Firma richtig beantwortet werden.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung Darmstadt des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ausland.

Der Belagerungsstand in Bern.

Bern, 5. Juni. (Fig. Ver.) Die Verhängung des Belagerungsstandes durch die Kantonsregierung über die Stadt Bern anlässlich des Schreinerstreiks hat in den Kreisen der Arbeiterschaft herabgesetzte Empörung hervorgerufen, der in einer von circa 6000 Personen abgehaltenen Protestversammlung Ausdruck gegeben wurde. Nach Reden der Genossen Mar, Schneeberger, Zraggen, Grimm und Salvatorra (italienisch) stimmte die Versammlung einstimmig einer Protestresolution zu, in der die Streikverordnung als ein juristischer Streikverstoß gebrandmarkt und die Erzfesse der Polizei wie der Klassenjustiz gegen die Arbeiter verdammt wurden. Gleichzeitig erging an die Regierung die Aufforderung, ihren Streikverstoß wieder zurückzunehmen. Den seit 12 Wochen streikenden Schreibern sollte die Versammlung ihre Anerkennung für ihre tapfere Ausdauer und die bewiesene Disziplin.

Am wollten unsere Genossen die Parteinahme der Behörden zu Gunsten der Unternehmer und zum Nachteil der Arbeiter auch im Stadtrat zur Sprache bringen, und die sozialdemokratische Fraktion brachte deshalb eine Interpellation ein, in der die Unterlassung der polizeilichen Rücksichtslosigkeit, Brutalität und Geschwüdrigkeit gefordert wurde. Der Polizeidirektor Guggisberg bekämpfte namens des Gemeinderates (Magistrats) die Behandlung der Interpellation im Stadtrat, weil die Kantonspolizei in Betracht komme, und die kompakte bürgerliche Majorität beschloß wie auf Kommando nach dem Wunsche des Gemeinderates. Nur einige wenige Konservative stimmten mit den Sozialdemokraten für die Beschpekung, alle übrigen Bürgerlichen stimmten dagegen. Daraufhin verließen unsere Genossen demonstrativ den Sitzungssaal, um so gegen die elende Vergeßlichkeit durch den Mißbrauch der Mehrheit zu protestieren.

Mit einem glänzenden Sieg für die Arbeiter ist soeben die von den Unternehmern hervorgerufene Aussperrung der Wiener Zimmerer beendet worden. Die Unternehmer waren einsehlich genug, den zwecklosen Kampf aufzugeben und die Aussperrung mit einem vollständigen Kollektivvertrag ordnungsgemäß abzuschließen. Danach bekommen die Gehilfen von der ersten Augustwoche an den Minimallohn von 4,25 M.; bis dahin werden 4 M. bezahlt statt der bisherigen 3,40 M. Es ist also ein glänzender Erfolg, den die Arbeiter aus der Aussperrung heimbringen. Er erstreckt sich auf den Lohn nicht allein; auch die übrigen Punkte des Vertrages bringen ihnen mancherlei Zugeständnisse, deren Wert erhöht wird, daß nicht der einzelne Unternehmer die Abmachungen jederzeit wieder durchbrechen kann.

Soziales.

Auf Bestellung.

Der „auf Bestellung“ im Umherziehen Warenbestellungen aufsucht, bedarf nach § 55 der Gewerbe-Ordnung keines Wandergewerbescheines. In dem Falle ist auch keine Hausiersteuer zu entrichten. Hierauf beriefen sich der Sozialwarenhandhändler Dunge und sein Angestellter Marcus, nachdem eine Anklage wegen Uebertretung des Hausiersteuergesetzes in Verbindung mit § 55 der Gewerbe-Ordnung gegen sie erhoben war. Marcus hatte, ohne im Besitze eines Wandergewerbescheines zu sein und ohne daß Hausiersteuer gezahlt worden war, für Dunge auf dem Laude bei dessen Kundtschaft Warenbestellungen aufgesucht. In zweiter Instanz wurde festgestellt, daß der Vorgänger von Marcus, Wenz, die ländlichen Kunden des Dändlers Dunge aus Kitzlofer veranlaßt hatte, ihn ein für allemal aufzusuchen, immer zu ihnen zu kommen, um Warenbestellungen entgegen zu nehmen. Als die Funktion auf Marcus übergeben sollte, nahm Wenz ihn mit zu den Kunden und fragte, ob sie damit einverstanden seien, daß jetzt immer Marcus wegen der Warenbestellungen für Dunge komme. Sie erklärten sich alle damit einverstanden. Auf Grund dieser Feststellungen wurden die Angeklagten freigesprochen und das Kammergericht bestätigte am 8. Juni das Urteil mit der Begründung: Der Begriff der „vorherigen Bestellung“ zum Aufsuchen von Warenbestellungen im Sinne des § 55 der Gewerbeordnung sei richtig gewürdigt worden. „Bestellung“ heiße an jener Stelle des § 55 nicht, daß Waren bestellt werden, sondern daß man den Hausierer bestelle zur Entgegennahme von Warenbestellungen. Und zwar sei der Hausierer in diesem Sinne „bestellt“, wenn man zu ihm sage: Kommen Sie zu uns wieder. Auch könne sich die Bestellung wie hier auf alle zukünftigen Fälle erstrecken. Es sei nicht erforderlich die Bestellung für jeden einzelnen Fall.

Das Gewerkschaftsamt Nürnberg hat in seiner letzten Sitzung auf Vorschlag der Ausschüsse des Arbeiter-Sekretariats einstimmig beschlossen, Fräulein Helene Grinberg-Berlin als Arbeiter-Sekretärin anzustellen. Eingelassen waren sieben Bewerbungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Prozess gegen die „Banca Ludowy“.
Breslau, 9. Juni. (B. L. B.) In dem Prozeß gegen die Mitglieder der „Banca Ludowy“ wegen Bilanzverschleierung wurde der Bankdirektor Saffitz zu sechs Wochen Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, der Bankkassierer Skowichowski zu 300 M. Geldstrafe, Bankbuchhalter Reklaff zu 1000 M. Geldstrafe, von den Ausschüßratsmitgliedern Ragiepański zu 1200 M., Dr. Hanke zu 600 M. und Rechtsanwält Szajla zu 1100 M. Geldstrafe verurteilt.

Staat und Kirche.

Paris, 9. Juni. (B. L. B.) Die Deputiertenkammer nahm heute die Artikel 10 und 11 des Gesetzentwurfs betreffend die Trennung von Kirche und Staat an, welche bestimmen, daß den Kultusgesellschaften Kirchen, Pfarrhäuser, sowie deren Nebengebäude ohne Entgelt zur Verfügung überlassen bleiben.

Paris, 9. Juni. (B. L. B.) Die sozialistische Parlamentsgruppe beschloß, das Vorgehen der Regierung bezüglich der auswärtigen Politik durch keinerlei Interpellation zu behindern, in der Ueberzeugung, daß dieses Vorgehen sich so leichter im Interesse der Verständigung und des Friedens geltend machen könne. Auch die nationalistische Gruppe beschloß, jede Interpellation über die auswärtige Politik zu vertragen, um die gegenwärtig sich abspielenden Verhandlungen nicht zu erschweren.

Das Strafgefängnis Plögnensee vor Gericht.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

19. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung um 9 1/2 Uhr stellt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Oppermann fest, daß der Angeklagte Ahrens nicht erschienen ist.

Rechtsanw. Dr. Löwenstein teilt mit, daß Ahrens, trotzdem er nach immer unwohl sei, erschienen war mit dem festen Willen, der Verhandlung beizuwohnen; aber vor wenigen Minuten sei er von so heftiger Uebelkeit befallen worden, daß ihm ein längeres Verweilen unmöglich wurde, doch hoffe er bestimmt, noch im Laufe des Tages wieder an Gerichtsstelle erscheinen zu können.

Der Vorsitzende erklärt, daß auch er Ahrens vorher auf dem Korridor gesehen habe, und schlägt vor, unter diesen Umständen, um nicht wieder den ganzen Tag zu verlieren, die Verhandlung bis 1 Uhr auszusetzen.

Es wird nach diesem Vorschlag verfahren.

Als um 1 Uhr die Sitzung wieder eröffnet wird, erscheint auch der Oberstaatsanwalt Herr Händel.

Und Wort bittet zunächst Staatsanw. Schönian:

Seitens der Herren Verteidiger ist der Staatsanwaltschaft die Nachricht zugegangen, daß die Angeklagten eine Erklärung abgegeben möchten.

Erklärung der Angeklagten.

Rechtsanw. Dr. Löwenstein: Im Namen aller Angeklagten und im Einverständnis mit ihren Verteidigern habe ich folgendes zu erklären: Wir, die vier Angeklagten, haben durch die den Gegenstand der Anklage bildenden Zeitungsartikel lediglich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Reformbedürftigkeit des Strafvollzuges richten wollen, dagegen hat uns jede Absicht ferngelegen, die beim Strafvollzug beteiligten Behörden und Beamten, insbesondere die Herren Nebenkläger, Geheimen Medizinalrat Dr. Baer und Medizinalrat Dr. Pfleger zu beleidigen oder ihnen oder der Justizverwaltung ein gesetz- oder verfassungswidriges Verhalten zum Vorwurf zu machen. Wir erkennen an, daß, soweit in den Artikeln ein solcher Vorwurf gefunden werden könnte, wir ihn nicht aufrechterhalten, und daß die Beweisaufnahme nicht ergeben hat, was diese Vorwürfe zu begründen geeignet wäre. Wir erklären ferner, daß wir auch von einer weiteren Beweisaufnahme ein anderes Ergebnis nicht erwarten.

Die Angeklagten Redakteure Kaliski, Büttner und Schmidt verpflichten sich, nachdem auf Grund vorstehender Erklärung der gegen sie gestellte Strafantrag rechtswirksam zurückgenommen ist, diese Erklärung in den von ihnen redigierten Zeitungen „Vorwärts“ und „Zeit am Montag“ an leitender Stelle baldmöglichst zu veröffentlichen und die gesamten Kosten des Strafverfahrens zu tragen.

Vors.: Herr Geheimrat Dr. Baer, geben Sie sich mit dieser Erklärung zufrieden?

Dr. Baer: Ja, ich gebe mich damit zufrieden.

Vors.: Herr Medizinalrat Dr. Pfleger, würden Sie auch Ihre-seits sich damit befriedigt erklären?

Dr. Pfleger: Jawohl.

Zurücknahme des Strafantrages.

Staatsanw. Schönian: Nachdem seitens der Angeklagten diese Erklärung abgegeben worden ist, nimmt der Herr Oberstaatsanwalt beim Kammergericht den von ihm gestellten Strafantrag zurück. Ich bin durch Schreiben vom heutigen ermächtigt, diese Erklärung abzugeben. Ich komme dem nach und beantrage das Verfahren einzustellen.

Justizrat Bronck: Namens der Nebenkläger ziehe auch ich den Strafantrag zurück.

Einstellung des Verfahrens.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß des Gerichts:

Nachdem auf die von den Angeklagten abgegebene Erklärung sowohl von den Nebenklägern als von der Oberstaatsanwaltschaft die Strafanträge zurückgenommen sind, wird das Verfahren eingestellt; die Kosten desselben fallen den Antragstellern Dr. Baer und Dr. Pfleger, bezüglich, sofern aus § 196 des Strafgesetzbuches Strafantrag gestellt war, der Staatskasse zur Last.

Die Entscheidung hinsichtlich der Kosten beruht auf § 502 der Strafprozessordnung.

Selbstverständlich ist durch diese Entscheidung die von den Angeklagten abgegebene Erklärung, die Kosten zu übernehmen, nicht alteriert.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ein Gerichtsberichterstatter meldet: Ueber die Vorgänge, welche zu dem für alle Ruhmstehenden so unerwartet plötzlichen Abbruch des Plögnensee-Prozesses führten, dessen Dauer ohne die Zurücknahme des Strafantrages unweifel-

haft noch Monate gewährt haben würde, können wir folgendes mitteilen: Während am Mittwoch im Gerichtssaal der Fall Große abgeschlossen und mit der Verhandlung des Falles Schirmer begonnen wurde, hatte sich Rechtsanwalt Dr. Löwenstein (der Verteidiger des Angeklagten Ahrens) in das Justizministerium begeben und dort eine persönliche Audienz beim Justizminister nachgesucht. Obgleich der Minister seinen Empfangstag hatte, wurde Dr. Löwenstein dennoch sofort empfangen, nachdem der Justizminister von dem Zweck der nachgesuchten Audienz unterrichtet worden war. Die Besprechung der beiden Herren dauerte über eine halbe Stunde. Zum Schluß derselben erklärte der Minister, daß er für keine Verdonnerung jede Einmischung an den schwebenden Prozeß und jede unmittelbare Einwirkung auf die Behörden, die den Strafantrag gestellt haben, ablehnen müsse, andererseits werde er es nicht verhindern, wenn auf der vom Rechtsanwalt Dr. Löwenstein vorgeschlagenen Basis Verhandlungen mit der Oberstaatsanwaltschaft geführt würden und diese daraufhin den Strafantrag zurücknehme. Auf Grund dieser Unterredung begab sich nunmehr Rechtsanwalt Dr. L. zu dem Landgerichtsdirektor Dr. Oppermann und bat ihn, die Gerichtsverhandlung bis zum Abschluß der einzuleitenden Vergleichsverhandlungen zu unterbrechen. Der Vorsitzende konnte diesem Ersuchen um so leichter entsprechen, da eine Indisposition des Angeklagten Ahrens sowie des Geheimrats Dr. Baer eine sofortige Weiterverhandlung unmöglich machte.

Der Verteidiger als Diplomat gab nunmehr auch seinen Mitverteidigern und den Angeklagten von dem Resultat seines aus eigener Initiative unternommenen Schrittes Kenntnis und wurde von allen gemeinschaftlich bevollmächtigt, in ihrer Vertretung die Vergleichsverhandlungen zu führen. Diese waren sehr langwierig und schwer, da nicht nur ein Einverständnis zwischen allen Angeklagten, ihren Verteidigern und der maßgebenden Behörde, sondern auch mit den beiden Nebenklägern und ihren Vertretern erzielt werden mußte. An beiden Tagen wurde bis in die späten Abendstunden verhandelt, aber noch bis gestern Abend war noch kein endgültiges Resultat erzielt. Freitag früh fand dann noch eine letzte mehrstündige Unterhandlung des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein mit dem Oberstaatsanwalt Baer persönlich statt, deren Ergebnis die von den Angeklagten und ihren Verteidigern in der gestrigen Verhandlung abgegebene Erklärung und die demnach erfolgte Zurücknahme des Strafantrages gewesen ist.

Spezial-Sommer-Schuhe und -Stiefel

aus

Lasting - Drell - Segeltuch und Satin!

Angenehmes Tragen - hervorragende Qualitäten - selten günstige Preislagen sind die Vorzüge dieser Artikel!

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste

Schuhwaren-Fabriken

BURG b. Mgdbg.

Jährliche Fertigstellung weit über eine Million Paar!

Verkaufshäuser in Berlin und Umgegend:

- C., Rolentalerstraße 14. C., Spittelmarkt 15. W., Potsdamerstraße 50. W., Schillstraße 16. S., Oranienstraße 65. SW., Friedrichstraße 240-241. NW., Beusselstraße 29. NW., Thurmstraße 41. NW., Wilsonstraße 22. O., Andreasstraße 50. O., Gr. Frankfurterstraße 139. N., Danzigerstraße 1. N., Müllerstraße 3. N., Reinickendorferstraße 14.

Charlottenburg: Wilmersdorferstraße 122-123.

Potsdam: Brandenburgerstraße 54.

Rixdorf: Bergstraße 30-31.



Auffallender Beliebtheit erfreuen sich:

- Damen Zugstiefel, aus gutem Lasting, mit Lackzierkappen M. 4.90 3.90 M. Damen Schnürstiefel, beige Drell, mit Leder- oder Lackgarnitur, leichteste Sommerstiefel 4.90 M. Damen Schnürstiefel, la grau und beige Segeltuch, mit feiner Ledergarnitur, Neuheit 1905 5.80 M. Damen Hausschuhe, modelfarbig Segeltuch, mit Lederspitze 3.20 M. Damen Hausschuhe, Lasting, bequeme Façons M. 3.-, 2.50, 1.80 1.20 M. Mädchen Schnürstiefel, grau Segeltuch, mit schwarzer oder roter Ledergarnitur M. 4.90 bis 3.70 M. Schnürschuhe, farbig Segeltuch, leicht und angenehm für den Sommer für Herren: Damen: Knaben und Mädchen: M. 5.50 3.90 M. 3.90 3.20 M. 2.80 2.00 und 3 M. und 3 M. bis 2 M. Schnürschuhe, Lasting mit Lackgarnitur, sehr bequem für Herren: Damen: 4.75 M. 3.60 M. Lawn Tennis- oder Radfahrerschuhe, grau Segeltuch, mit farbiger Ledergarnitur für Herren: Damen: 4.50 M. 3.75 M. Sandalen, aus farbigem Rindleder, äußerst dauerhafte Qualität für Herren: Damen: Knaben und Mädchen: 5.00 M. 4.60 M. M. 4.20 bis 2.60 M. Turnschuhe, braun, grau und weiß Segeltuch, mit Gummisohlen für Herren: Damen: Knaben und Mädchen: 2.70 M. 2.50 M. M. 2.30 bis 1.50 M. Opanken, in bekannter Ausführung für Herren: Damen: Knaben und Mädchen: 1.25 M. 0.95 M. M. 0.75 bis 0.35 M. Reise-Schuhe, farbig Molton, leichte angenehme Morgenschuhe für Herren: Damen: 1.50 M. 1.25 M.

Gegründet 1878

- Sommer-Paletots von 18 M. an. Paletots nach Maß . von 35 M. an. Sommer-Joppen von 6 " " Anzüge nach Maß . von 38 " " Jackett-Anzüge von 17.50 " " Hosen nach Maß . von 10 " " Rock- u. Gehrockanzüge von 25 " " Knaben-Anzüge in größter Auswahl.

M. Schulmeister Schneidermeister

Am Kottbuser Tor, Dresdenerstr. 4. Ecke Adalbertstr.

Streng feste Preise.

Hüte

Mützen Engros, Export. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Herrenhüte von 1.-3 M. Knabenhüte von 65 Pf. an, Jugendhüte von 3 M. an, Chapeau 4.50 M. an, Paarbüte 2.50 M. bis 3 M. Größtes Lager zu staunend billigen Preisen. 31.832*

Albert Friedlaender, Landsbergerstr. 90, 1 Troppo

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Süd-Ost.

Sonntag, den 11. Juni (1. Pfingst-feiertag): Großes

Früh-Konzert

In folgenden Lokalen:

„Beylers Gesellschaftshaus“, **Treptow** „Joëls Viktoria-Garten“,
Köpenicker Landstraße 20, Köpenicker Landstraße 21.
Treptow, „Ludwigs Park-Restaurant“, **Treptow**,
Köpenicker Landstraße 25/26,
Großes Familien-Kaffeeochen, 1 Liter 60 Pfennige, 1/2 Liter 35 Pfennige.
Eröffnung 4 Uhr. Programm Anfang 5 Uhr.
Bis 10 Pf. an der Kasse gratis. Das Komitee.

6. Berliner Wahlkreis.

Zwei große Früh-Konzerte.

Schönhauser Vorstadt:

Sonntag, den 11. Juni 1905 (1. Pfingstfeiertag), im Berliner Prater,
Kastanien-Allee 7.

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen:

Montag, den 12. Juni 1905 (2. Pfingstfeiertag), in Ballschmieders
Kastanien-Waldchen, Badstr. 16.

Anfang 5 Uhr. Billett 25 Pf.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Arbeiter-Turnerbund

VII. Bundes-Turntag Pfingsten 1905

im festlich dekorierten großen Saal der

„Neuen Welt“, Hasenheide 114.

FEST-PROGRAMM:

Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 Uhr: Großer Kommerz zu Ehren der auswärtigen Delegierten. (Begrüßung, Konzert, turner. Aufführungen.) Eintritt 10 Pf.

Sonntag, den 11. Juni (1. Pfingstfeiertag), abends 8 Uhr: Künstler-Konzert im großen Saal. (Mitwirkende: Berliner Sinfonia-Orchester Kapellmeister M. Fischer, Frau Klara Uria, Konzertmägerin, Herr Joh. Colla, Rezitator.) Sommerbühne: Turnerische Massen-Aufführungen.

Nachher TANZ. Eintritt 50 Pf. Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Turnverein „Fichte“
Geschäftsstelle O. 17, Koppenstr. 24 II.

Am Königstor. Brauerei Friedrichshain. Am Friedrichshain.

Morgen Sonntag, den 11. Juni d. J. (1. Pfingstfeiertag):

Gr. Früh-Konzert.

Die Konzert-Musik wird von der 30 Mann starken Kapelle des Neuen Konzert-Orchesters (Mitglied des Zentral-Verbandes der Zivil-Berufsmusiker) unter Leitung des Herrn Rudolf Tiep ausgeführt.

Die Gesangsaufführungen werden vom Gesangsverein „Männer-Chor der Berliner Handels- und Transportarbeiter“ (Mitgl. des Arb.-S.-V.) ausgeführt.

Bei ungünstiger Witterung finden das Konzert und die Gesangs-Aufführungen im Rielenkaale statt.

Die Kaffeeküche ist geöffnet. 1 Liter 80 Pf., 1/2 Liter 40 Pf.

Kassen-Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Billets a 20 Pf. Hier 15, II. Zimmer 13-17, und in allen Bahnhöfen sowie bei sämtlichen Vertragskassieren. An der Kasse 25 Pf., Kinder frei. Programm und Liederteile am Eingang gratis. 69/19

Die Ortsverwaltung des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zebbinsee.

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahrten, Regelmäßige große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Wo hin gehen wir Sonntags, und wohin machen wir unsere Land- und Wasserpartie? Nach Pichelswerder zum **alten Freund.**

Da ist es gemütlich und schön, und wir sind immer gern geseh'n.
Es ladet ein (29582*) Der alte Freund.
Einige Sonntage im Juli noch frei.
Größter Tanzsaal in der Umgebung.

Restaurant „Heidekrug“

Ostend bei Ober-Schöneweide, Köpenickerstr. 16, 12 Minuten vom Bahnhof Saboma. — Haltestelle der Straßenbahn vom Bahnhof Heide-Schöneweide.
Einfache des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.
Angenehmer Aufenthalt am Wald und Wasser, dem geehrten Publikum und Vereinen bestens empfohlen. Preis Großes Kaffeechen täglich geöffnet. 20025*

1., 2., 3. Pfingstfeiertag
billigste Dampfer-Extrafahrten
tägl. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr nach dem üblich gelegenen
Seebad und Gasthaus „Müggelwerder“
von der Dampferstation Michaelbrücke 1. 23025



I. NEUMANN

CIGARREN-FABRIKEN BEGR. 1850 103 ZWEIGGESCHÄFTE

Kreti-Pleti

feinste Vorstenden-Cigarro

10 Stück 55 Pfg.

Davon in Berlin:

Brunnenstr. 32, E. Anklamstr.
Chausseestr. 16, E. Invalidenstr.
Dresdenerstr. 5, E. Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Französ. Str.
Gortraudenstr., E. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, E. Krausenstr.
Kaiser Wilhelmstr. 19, E. Münstr.

Markgrafenstraße 17, Ecke Junkerstraße.
Oranienstraße 30, Ecke Adalbertstraße.
Potsdamerstraße 57-58, Ecke Hülowsstraße.
Prinzenstraße 91, Ecke Ritterstraße.

Rosenthalerstraße 41 a. Hackeschen Markt.
Wallstraße 14a, Ecke Neue Grünstraße.
Wienerstraße 22, Ecke Grünauerstraße.
Pavillon Zoologischer Garten und Landes-Ausstellungspark.

Rixdorf: Bergstraße 146.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.
Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Nur moderne Stoffe

Entzückende Neuheiten

in Knaben-Garderobe.

Wäsche. Leichte Sommer-Jacketts 1⁰⁰ M. an. Krawatten.

Restaurant „Waldschänke“.
Station Stolpe an der Nordbahn.
Empfehle meinen werten Genossen mein herrlich im Walde gelegenes Restaurant. Jeden Sonntag freier Tanz. Besuche auch Sonntags meinen Saal an Vereine und Gesellschaften. Preisprochant Birkenwerder Nr. 10. 19075*

Neu eröffnet! Vollständig renoviert! Diez' Seeterrasse Lichtenberg

Röderstraße 6.

Die breite Röderstraße verbindet die Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg. Größtes und schönstes Begrüßungs-Etablissement d. D., mit 11 000 qm großem See, ca. 25 000 Personen fassend. — Fahrverbindungen: Ab Alexanderplatz Linien 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 81.

An den drei Pfingstfeiertagen, Sonntag, Dienstag und Freitag:

Großes Militär-Konzert.

Um 6^{1/2} und 10 Uhr:

Auftreten der weltberühmten Turmsteilkünstler „The Liepelt“.

Brillant-Land- u. Wasser-Feuerwerk.

Erstklassiges Spezialitäten-Theater u. Hall.

Bei ungünstiger Witterung Schutz für 6000 Personen.

Am 1. und 2. Pfingstfeiertage, früh 5^{1/2} Uhr:

Gr. Frühkonzert, Vorstellung, Turmsteilkünstler u. Hall.

Aegidius Diez.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.

Ob schön! Täglich im herrl. Garten Ob Regen!

Das größte u. beste Programm Berlins. 40 Sensations-Nummern!

Bleckwenn-Truppe, Kunst-Radfahrer, fünf Personen. die Verteilung zweier Damen aus dem Nichts! Neu: Die mysteriöse Hängematte.

The Noranas mit 40 Statisten, Papageien usw.

Original Robert und Bertram. Orig. Rennert-Stange. Molly-Vorch. Bork Franconi u. viele Kunstkapazitäten.

Großer Ball. Kaffeeküche. Volkshelustigungen aller Art.

Entrée 30 Pf. Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Am 1. und 2. Pfingstfeiertage: Gr. Frühkonzert, Vorstellung und Ball.

Anfang 5 Uhr. Aegidius Diez.

Restaurant Leuchtturm, Tegeler.

Direkt an der Havel und am Tegeler See gelegen. 30502*

Großer herrlicher Garten v. Wald und Wasser umgeben.

Schutzhallen. — Tanzsaal. — Kegelbahnen. — Spielplätze. — Ausspannung.

Kaffeeküche. — Dampferverbindungen nach allen Richtungen.

Für Vereine, Fabriken u. zu Gärten sehr geeignet.

Die herrliche Meerpromenade ist nur vom Leuchtturm passierbar. Von Tegeler mit den Holzischen Dampfern 15 Pf. Retourbillets 25 Pf. H. Wehrauch, Telefon: Amt Tegeler, Nr. 121

Waltersdorfer Schleuse. Restaurant zur Schleuse. Großer schattiger Garten. Gut gepflegte Getränke. Anerkannt gute Küche. 2 neuerbante Kegelbahnen. Sommer-Tanzsaal. Schießhalle. Kaffeeküche bis 6 Uhr abends geöffnet. C. Spetzko. 23045

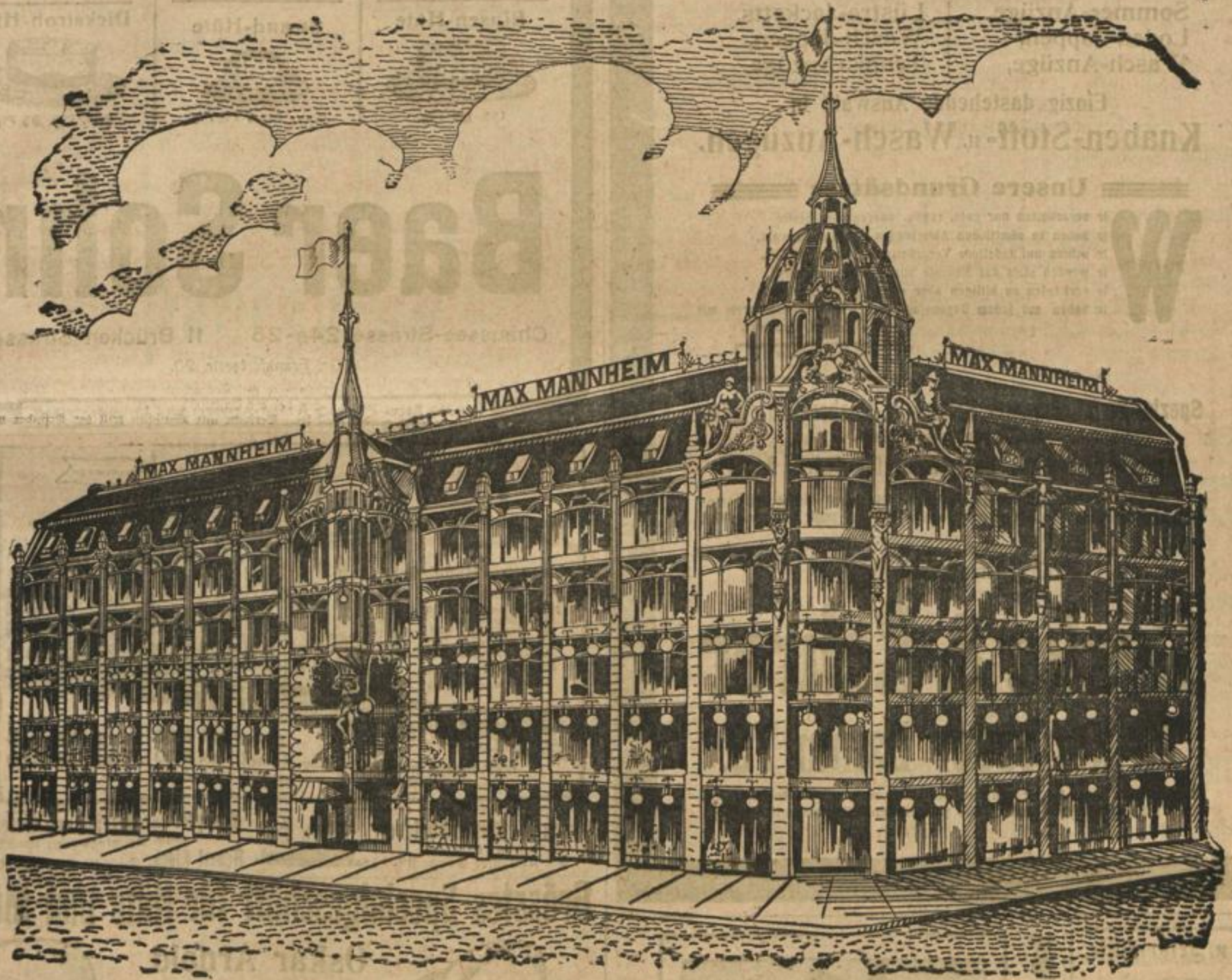
Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109-112. Berlin O. Frankfurter Allee 109-112.

Das neue Haus
Frankfurter Allee 109-112, Ecke Königsbergerstr.
ist



eröffnet!



Alle Abteilungen sind wie große Spezialgeschäfte ausgestattet.

Die neuen Abteilungen **Damen-Konfektion**
Herren-Konfektion mit eigenen Werkstätten
Schuhwaren

sind unübertroffen und beachtenswert

ebenso das **Photographische Atelier** mit seinen künstlerischen Leistungen und modernster technischer Einrichtung.



Gratis-Photographie-Bons



erhält jeder Käufer bei Einkäufen von

5 Mark
1/2 Dtd.
Visit oder Prinzeß.



10 Mark
1/2 Dtd.
Visit oder Prinzeß.



15 Mark
1/2 Dtd.
Griseidis oder Kabinett.



20 Mark
1/2 Dtd. Griseidis oder Kabinett
oder 1 Dtd. Visit.

An Sonn- und Festtagen geschlossen.

Aufruf!

An die Leser des Parteiorgans.

Wieso

können wir so hervorragend preiswerte, erstklassige **Herren- u. Knaben-Bekleidung** zu solch außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zum Verkauf bringen?

Weil wir

durch enorme Abschlüsse, durch sehr vorteilhaften Einkauf und durch kleine Spesen hierzu im stande sind.

Großer Umsatz — kleiner Nutzen!

Sommer-Anzüge, | Lüstre-Jacketts,
Loden-Joppen, | Wasch-Joppen,
Wasch-Anzüge, | Tennis-Anzüge.

Einzig dastehende Auswahl in **Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzügen.**

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausprobierte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Insertat!
Nachdruck verboten!

Spezial-Haus eleganter Herren- u. Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf!

Wir verabfolgen täglich beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine elegante bunte Weste gratis.

Wir bügeln und reparieren jeden bei uns gekauften Gegenstand kostenlos.

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78.

Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer. Jeder Käufer erhält eine praktische Hausapotheke.

Sommer-Joppen von 85 Pfg. an.

Grünliche Joppen 85 Pfg.
Graue Joppen 1 M. 75
Loden-Joppen 2 M. 60
Gezwirnte Joppen 3 M. 30



Schwarze Lüster-Jacketts 2 M. 25
Gestreifte Lüster-Jacketts 2 M. 50
Diagonal-Lüster-Jacketts 2 M. 90
Körper-Lüster-Jacketts 3 M. 30

Stroh-Hüte von 65 Pfg. an.

Kniff-Hüte



2,50, 1,75, 0,75, 65 Pfg.

Beulen-Hüte



1,75, 1,50, 1,10, 75 Pfg.

Feinstroh-Hüte



3, —, 2,25, 1 M. 50

Binsen-Hüte



1,75, 85 Pfg.

Strand-Hüte



Weiss Piqué 75 Pfg.

Dickstroh-Hüte



1,75, 1,25, 95 Pfg.

Baer Sohn

Chaussee-Strasse 24a-25 11 Brücken-Strasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 25^{te} Haupt-Preisbuch (Pracht-Ausgabe) wird kostenlos versandt.

Herrnhüte
Niederlagen
Lignitzer Hutfabrik
BERLIN:
NW. Wilsnackerstr. 63
SO. Ritterstr. 19a
SO. Oranienstr. 204
S. Friedrichstr. 250
O. Gr. Frankfurterstr. 94
CHARLOTTENBURG:
Wilmerdorferstr. 155

Unsere geschäftlich geschützten Marken sind:

Lloyd Mark 3,00 Zenith Mark 6,50
Ang. Komet Mark 3,50 Ozon Mark 8,50
Helios Mark 4,50 etc.

Verkauft von Filzhüten, Strohhüten, Cylindern.
Reparaturen werden gut, schnell und billig besorgt.

Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
98. Kottbuser Damm 98.



Dampfer für Vereine und Gesellschaften
(auch Sonntags frei) empfiehlt
Robert Kleck, Dampfschiffsbesitzer, Capriolstr. 4.

Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen

Oskar Arnold
Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).

Filzhüte, Cylinderhüte,
Strohhüte,
Stoffhüte und Mützen!

Engros! Export!

Einzelverkauf
zu auffallend, billigen aber
streng festen Preisen,
aussergewöhnlich reich-
haltige Auswahl!

Partiewaren
führe ich
nicht!

sondern nur moderne,
fehlerfreie Ware.



Dieser weiche, schwarze Herrenhut mit Futter kostet 1,90. In Herrenhüten weich und steif ca. 100 verschiedene Sorten bis zu den feinsten Qualitäten



Strohhüte für Herren, Knaben und Mädchen in allen gangbaren Formen von den billigsten bis zu den feinsten Sorten (ca. 300 verschiedene Muster).



Herren-Mützen schon von 6 Pfg. an, ca. 150 verschiedene Sorten in allen Preislagen vorrätig.



Dieser moderne, schwarze, steife Hut mit Futter kostet 1,75 Mk. in nur feblerlos-trailer, reeller Ware.



Diese Form führe in Filz- und Strohhüten. Stoffhüte für Herren und Kinder in sehr reichhaltiger Auswahl



Knaben- und Mädchen-Mützen in allen Formen (ca. 100 verschiedene Muster)

Überall zu haben.

Filz- u. Seidenhüte.



Diese Façon 1,80 M.
Spezialhut 3,50 M.
Beste Qualität 4,00 M.
Haarhüte von 5,00 M. an.
Strohhüte von 35 Pfg. an.

Schirme
Regenschirme,
Sonnenschirme
größte Auswahl
von 1,50 M. an

Krawatten
Plastron
b. 99 Pfg. an
Schleifen
u. 15 Pfg. an

Wäsche
Oberhemden,
Kragen, Wan-
schellen, Servie-
tens in bester
Qualität

Handschuhe,
farbige Glacés,
Paar 1,50 M. !!

Gottmann,
Gr. Frankfurterstr. 130.

Beste deutsche Cigarette!



Aus der Partei.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Das Blatt Mehrings und Jaedhs, die „Leipz. Volksztg.“, gibt einem Artikel, in dem sie gegen den erkrankten freisinnigen

Hg. Eugen Richter polemisiert, die Ueberschrift „Ein Stroch noch im Sterben“. Von einem Einspruch der anderen sozialdemokratischen Presse gegen diese unsägliche Dohheit ist uns noch nichts bekannt geworden.

Wir weisen zurück, daß eine nicht ausdrücklich erfolgte Mitbilligung irgendwie auf Zustimmung schließen läßt.

Wasserstand am 8. Juni. Elbe bei Kuffa + 0,10 Meter, bei Dresden - 1,17 Meter, bei Magdeburg + 1,07 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 1,50 Meter. - Oder bei Rathow + 1,24 Meter. - bei Breslau Ober-Wege + 4,96 Meter, bei Breslau Unter-Wege - 1,02 Meter, bei Frankfurt + 1,71 Meter. - Weichsel bei Brombünde + 2,98 Meter. - Warthe bei Posen - Meter. - Rhey bei Ulf + 0,40 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 10. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhand, Margarete. Schauspielhaus. Wie die Alten Jungen. Neues Operntheater. Der Schnurrbart. Berliner. M. Deutsches. Der Vielgeprüfte. Anfang 8 Uhr: Westen. Der Strohvitruer. Neues. Der Familientag. Zeffing. Geflohen. Thalia. Reklame. - Die Bäder von Lucca. Residenz. Hans Lange und Cora Varsberg. Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Haubenlerche. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Der artische Brunnen. Trianon. Geflohen. Kleines. Salome. National. Prizzo. Zentral. Mi-Heidelberg. Lustspielhaus. Wiederleute. Carl Weis. Geflohen. Belle-Alliance. Madame Ep-Top. Reichshallen. Stettiner Sänger. - Spezialitäten. Herrnsel-Theater. Winter-Thymian-Sänger. Apollo. Am Hochzeitsabend. - Spezialitäten. Wintergarten. Harry Müller. - Spezialitäten. Passage-Theater. Jean Paul. The Passpartout. - Spezialitäten. Metropol. Die Herren von Maxim. Urania. Taubenstr. 48/49. Der Simplon und sein Gebiet. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Heute Sonnabend nachm. 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte. Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, ab 6 Uhr morgens: Gr. Militär-Frühkonzert ausgeführt von 3 Kapellen. Eintritt 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte. NB. Die Wagen der Großen Straßenbahn verkehren bereits ab 5 Uhr früh auf allen zum Garten führenden Linien, desgl. ab 5 Uhr Züge der Stadtbahn und Hoch- u. Untergrundbahn.

Neues Theater. Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses. Sommerpreise. Täglich: Der Familientag. Anfang 8 Uhr: Sonntag, Montag, nachm. 5 1/2 Uhr: Das Lumpensindel. Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Salome. Sonntag: Nachtasyl. Montag: Angole. Abschied vom Regiment. Neue Königl. Oper (Kroll). Zum erstenmal: Der Schnurrbart. Operette in 3 Akten von G. Verö. Sonntag und folgende Tage: Dasselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Garten täglich: Großes Garten-Konzert.

WOLZOGEN-OPER THALIA-THEATER. DIE BÄDER VON LUCCA. Anfang 8 Uhr: Mittwoch, den 14. Juni, zum erstenmal: DIE PFÄHLBAUER, komische Oper in drei Aufz. von Wilhelm Freudenberg.

Apollo-Theater. Täglich 10-10 1/2 Uhr: Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen während der Aufführung von Ein Abend in einem amerik. Zingel - Zangel. Ausgeführt von der berühmten amerik. Burlesk-Compagnie. Dazu: Am Hochzeitsabend von Paul Lincke mit Hona Sporr u. Dosty. Berlin a. G. und die neuen Juni-Spezialitäten.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Vom 1. Pfingstfeiertag täglich: Zwischen Himmel und Erde. Gr. romantisch. Ausstattungsstud. Neue Dekorationen und Kostüme. Eine schreckliche Nacht. Große Antoinette der Guitano. Wolltes Troupe. Täglich: Konzert, Spezialitäten. Anfang 4 Uhr. (Montag, 2. Feiertag.) Frühkonzert u. Vorst. Anf. 5 Uhr.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Sonnabend, Paul Lange und Sonntag u. Cora Varsberg. Montag: Schauspiel in 3 Akten v. B. Wydenon. Dienstag, d. 13.: Die Frau vom Meere.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 13. Öffentliche Generalprobe! Schönrröschchen aus dem Schenkenbier. Die erstklassigen Spezialitäten! Anfang 7 Uhr. Entree frei. Bei ungünstig. Wetter: Vorst. i. Saal.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Geschlossen. Sonntag, 11. Juni (1. Pfingstfeiertag), zum 1. Male: Die Loreley. Romantisches Volkschauspiel in Gef. und Lang in fünf Akten von Dersch. Mitwirkend Paul Coradini, Marka Freya, Johanna Compagnie, Selman u. Punch, Lara-Quartett, Les Ormay u. v. a. u. 1. u. 2. Feiertag: Großes Frühkonzert.

Fröbels Allerlei-Theater (früher Buhlmann) Schönhauser Allee Nr. 148. Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: Großes Früh-Konzert. Theater und Spezialitäten. Anfang 5 Uhr. Kaffeeküche ist geöffnet. Nachm. Große Fest-Vorstellung. 4 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Kronprinz Wilhelm Kronprinzessin Cecille. Neu! Roschfestwensky, der russische Admiral. Mlle. Vallée, d. 16jährige armlose Fußkünstlerin.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Heute Sonnabend nachm. 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte. Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, ab 6 Uhr morgens: Gr. Militär-Frühkonzert ausgeführt von 3 Kapellen. Eintritt 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte. NB. Die Wagen der Großen Straßenbahn verkehren bereits ab 5 Uhr früh auf allen zum Garten führenden Linien, desgl. ab 5 Uhr Züge der Stadtbahn und Hoch- u. Untergrundbahn.

POMPEJI. Täglich Concert 7. Vorstell. 8 1/2 Uhr KURFÜRSTENDAMM. Preise der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Metropol-Theater. Der größte Erfolg der Saison! Zum 216. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsgeselle mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Carl Weiß-Theater. Ge. Franzfurterstr. 132. Bis inkl. Sonnabend geschlossen. An allen 3 Feiertagen, abends 8 Uhr: Wahre Liebe. Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel von Max. Stadl. Am 1. u. 2. Feiertag, nachm. 3 Uhr, Part. 60 Pf.: Zweimal verheiratet. Im Sommergarten: Eröffnung am Sonntag (1. Feiertag) mit vollständigem neuem Programm. Am 2. Feiertag: Extra-Früh-Vorstellung. Anf. 5 1/2 Uhr.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Sonnabend, Paul Lange und Sonntag u. Cora Varsberg. Montag: Schauspiel in 3 Akten v. B. Wydenon. Dienstag, d. 13.: Die Frau vom Meere.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 13. Öffentliche Generalprobe! Schönrröschchen aus dem Schenkenbier. Die erstklassigen Spezialitäten! Anfang 7 Uhr. Entree frei. Bei ungünstig. Wetter: Vorst. i. Saal.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Geschlossen. Sonntag, 11. Juni (1. Pfingstfeiertag), zum 1. Male: Die Loreley. Romantisches Volkschauspiel in Gef. und Lang in fünf Akten von Dersch. Mitwirkend Paul Coradini, Marka Freya, Johanna Compagnie, Selman u. Punch, Lara-Quartett, Les Ormay u. v. a. u. 1. u. 2. Feiertag: Großes Frühkonzert.

Fröbels Allerlei-Theater (früher Buhlmann) Schönhauser Allee Nr. 148. Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: Großes Früh-Konzert. Theater und Spezialitäten. Anfang 5 Uhr. Kaffeeküche ist geöffnet. Nachm. Große Fest-Vorstellung. 4 Uhr.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Sonnabend, Paul Lange und Sonntag u. Cora Varsberg. Montag: Schauspiel in 3 Akten v. B. Wydenon. Dienstag, d. 13.: Die Frau vom Meere.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 13. Öffentliche Generalprobe! Schönrröschchen aus dem Schenkenbier. Die erstklassigen Spezialitäten! Anfang 7 Uhr. Entree frei. Bei ungünstig. Wetter: Vorst. i. Saal.

o. Schiller-Theater. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Schauspiel. 1. u. 2. v. E. v. Widenbruch. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Johannsfeuer. Sonntag abends 8 Uhr: Die Logenbrüder. Montag, nachm. 3 Uhr: Die Haubenlerche. Montag, abends 8 Uhr: Die Großstadtluft. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der artische Brunnen. Fosse in 3 Akte von G. v. K. u. 4 Aufzügen mit Gesängen und Tänzen von Gustav Raeder. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Sonntag, abends 8 Uhr: Der artische Brunnen. Montag, nachm. 3 Uhr: Medien. Montag, abends 8 Uhr: Iphigenie auf Tauris. Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenholde 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. In den Sälen: Großer Ball.

Dampfer-Extrafahrten. Am I. Feiertag: 1. Promenadenfahrten nach dem Müggel- und Langen See. Abfahrt 5 1/2 Uhr morgens. Hin und zurück 50 Pf. 2. Nach Neue Mühle und Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 9 Uhr vormittags. Hin und zurück 1 M. 3. Nach Grünau und Hankels Ablage. Abfahrt 2 1/2 Uhr nachmittags. Einfache Fahrt 50 Pf. Am II. Feiertag: 1. Nach Teupitz. Abfahrt 7 Uhr morgens. Hin u. zurück 2 M. 2. Nach Neue Mühle und Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 9 Uhr vormittags. Hin und zurück 1 M. Am III. Feiertag: Nach Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 8 Uhr morgens. Hin und zurück 75 Pf. " 2 u. 2 1/2 " nachmitt. " " 50 " Abfahrt in Berlin an der Stralauerbrücke, Ecke Waisenbrücke.

H. Hertzer-Berlin, Schlesiachestr. 10/11. L. Rahmt-Stralau, Tel. IV. 6718. Tel. VII. 580.

R. Höhnes Gesellschaftshaus Fichtenau 8 Min. v. Rahnsdorf. Bahnhof. Empfehlung der geehrten Vereinen und Gesellschaften per Bahn, Kramler oder Rad mein herrlich im Walde gelegenes Lokal. Am 1. Feiertag von 4 Uhr nachmittags: Gr. Frei-Konzert verbunden mit Preisfesten. Am 2. Feiertag: Früh-Konzert. Nachmitt. 4 Uhr: Gr. Ball. Vorzügliche Küche. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr geöffnet. Ausspannung. Sommerwohnung. J. B.: Kunibert Ulrich.

Reederei Nobiling. Pfingst-Sonderfahrten mit Musik nach Zwiebusch, Berliner Schweiz. (Gosener.) Am 1., 2. und 3. Feiertag: Abfahrt früh 8 1/2, 9 und 9 1/2 Uhr, mittags 1 1/2, bis 2 1/2 Uhr vom 34462. Restaurant zum „Schultheiß“ (Jannowitzbrücke). Preis: hin- und zurück 1 M., einloch 60 Pf., Kinder 50 Pf. Am dritten Feiertag hin und zurück nur 60 Pf., Kinder 25 Pf. Rückfahrt von Zwiebusch von 1/2 Uhr stündlich. Hermann Gärtner.

K. F. Dierbergs Restaurant und Garten Rummelsburg, Neue Prinz Albertstr. 21. Von Bahnstation „Rummelsburg-Ost“ erreichbar in drei Minuten. An den beiden Pfingstfeiertagen: GROSSES FRÜH-KONZERT. Entree frei! Ausgeführt von der Hauskapelle im herrlichen Naturgarten, prachtvoll am See gelegen. Im neubauten Pariser Frei-Tanz, Nachmittags: Promenaden-Konzert. Im neubauten Saale (Park): Großer Tanz bei freiem Eintritt. Prima Waldbier (Akt.-Br. Landrö). ff. Lagerbier. Echt Kulmbacher (Angermanns Bräu). Gute Küche bei zivilen Preisen! Kaffeeküche! Vorzügliche Kegelbahnen! Um recht zahlreichem Besuch bitten. K. F. Dierberg, Gastwirt. 34262.

Masselwerder a. d. Oberspree. Ersten und zweiten Pfingstfeiertag: Großes Früh-Konzert ausgeführt vom Musikverein „Vorwärts“ u. Gesangverein „Liedertafel“ Ober-Schönemeide. Montag, Mittwoch u. Donnerstag: Tanzkränzchen u. Frühlkonzert. Kaffeeküche, 6 Kegelbahnen, Volksbelustigungen, Ausspannung. Einige Sonnabende sind noch an Vereine etc. unter günstigen Bedingungen zu vergeben. (31412) Gustav Hempel.

W. Zapel. Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131. Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte. Lager in Schirmen und Mützen. (31942)

Passage-Theater. Aufg. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Auf. nachm. Besetzung 5. Sonntag 3 Uhr. General-Consul der berühmte Wunderwerke. Jean Paul, Komiker. Vitoskope: Die feierliche Einholung und das glänzende Juni-Programm.

Schweizer-Garten. Am Königsplatz. Am Friedrichshain. Von Pfingsten ab täglich: Theater-Vorstellung Neue Spezialitäten. Täglich: Volksbelustigungen. Pfingsten-Früh-Konzerte und Vorstellungen.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Otto Pritzkows Abnormalitäten-Ausstellung. Münzstr. 10. Täglich: Das neue Nissen-Programm. Der 18jährige Kunstföhrer Fred Rollon. Das größte Wunder der Naturwissenschaft, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total idiotisierte Schönheit. Mister Kaplano, der berühmte taubstumme Schnelzgelehrte. Erich v. Daonzer, der amüsante Zauberföhrer in neuest. Tricö. Kleiner Hona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt. Entree 20 Pf.

Restaurant, Festsäle u. Garten von Julius Wernau, Schwedterstr. 23. an allen drei Feiertagen: Früh- u. Nachmittags-Vorstellung im herrlichen, über 1000 Personen fassenden Garten. 34272. Im Saal: Tanzkränzchen. Alle Art Volksbelustigung. Kegelbahn etc. Nachmittags Kaffeeküche. Wernau. Es ladet ein.

„Zum Sportshaus“ Ziegenhals. Post Zenthen. herrlich am Fröhrsee gelegen, schönster Ausflugsort an der Dahme. Einige Sonnabende der große Saal noch frei. Sonntag, den 25. Juni, habe noch einen großen Dampfer (300 Personen Sitzplätze) frei. Am 2. Pfingstfeiertag: Dampfer-Extra-Fahrt. Abfahrt morgens 8 Uhr: Kahnt & Hertaer, Stralauerbrücke 1. Hin- und Rückfahrt 1 M., Kinder die Hälfte. Da die Plätze sehr beschränkt sind, bitte ich Billets vorher bei Gastwirt Schmidt, Stralauerbrücke 1, zu entnehmen. Telephon: Amt Königs-Wusterhausen 75. Max Mörschel.

Größtes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung 12 Schaufenster Front. Größte Auswahl, streng reelle Bedienung bei billigen. Iesten Preisen. 3379L. Moritz Groß, Kastanien-Allee 42. Wer sich auf dieses Inserat bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.

WINTER GARTEN. Neues Programm. Harry Allister, Mimiker. Damm Bros., komische Akrobaten. Lucy Nason, französische Sängerin. Alexandroff, russische Tanz- und Gesangstruppe. Mason u. Forbes, kom. Excentrics. La belle Olorita, spanische Tänzerin. A. W. Asra, Billard-Jongleur. Philadelphia, Elefant und Affen. Keno Welch, Mentrose, Akrobaten. Mile. La, lebende Bilder. Die 4 Wollsons, Turner. Bogdani-Truppe, militärische Exerzition mit Gesang. Biograph.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Unsere süßen Dienstmädel. Burleske von Wenzel. Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Der große Naturgarten ist geöffnet. Täglich: Streich-Konzert. Ricardo Munez.

Zigarren! Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 15.-/100. Bell & Co. Rosenstraße 18, I.

Achtung! Am 2. Feiertag bleibt mein Barbiergehäst geschlossen. Massiert wird von 9-11 Uhr vormittags. 23006. K. Morgenstern, staatlich gepr. Masseur, Tilsiter-Strasse 88. Hochwaldparzellen, 60jähr. Bäume, direkt Bahn, idyllisch, Anzucht, gepflegt, verk. bei kleiner An- und Abzahlung. Kaufung sofort. Aug. Puchert im Borort Dabendorf (Volsb. Bahn). 32632.

Berliner Nachrichten.

Westlagen.

Die schlechte Behandlung der Presse an den patriotischen Festtagen wird immer noch in einigen Blättern erörtert. Dabei tritt eine tiefe Melancholie zutage, die vor allem in der Hoffnungslosigkeit auf einheitliches Handeln der Presse ihren Grund hat.

In jeder anderen europäischen Hauptstadt wäre auf das Vorgehen des Magistrats und der Behörden ein einmütiger Protest erfolgt, wäre die Berichterstattung sofort eingestellt worden; in Berlin ist an so etwas gar nicht zu denken. Die Berliner Presse besitzt keine einheitliche Vertretung. Ihr bedeutendster Berufsverein, der „Berliner Presse“, der aber auch nur einen Teil der Presse umfaßt, rätet zwar mit Eifer alljährlich seinen ertragreichen Ball, geht aber über derartige Mißstände ohne Sang und Klang zur Tagesordnung über.

Entschieden deutlicher drückt sich die „Staatsb. Ztg.“ aus: „Wenn man sich bei einer solchen Gelegenheit, wie sie sich hier geboten hat, einfach zusammenschloße; wenn sämtliche Zeitungen Berlins dem so humanistisch veranlagten Herrn Kammlau ein trodenes Skriptum überreichten hätten, oder besser noch: wenn in sämtlichen Zeitungen Berlins einen Tag vor der Hochzeit die nächste Bemerkung gestanden hätte: „Bei der unwürdigen Behandlung, die der Presse seitens des Berliner Magistrats, der immer den Weg zu den Zeitungen zu finden weiß, wenn es sich darum handelt, ihm Gefälligkeiten zu erweisen, zuteil geworden ist, haben sich die sämtlichen Tageszeitungen Berlins entschlossen, mit von der bötzigenen Vermählung des Kronprinzen kurz Notiz zu nehmen, ohne die Einzugs- und anderen Festlichkeiten im geringsten zu erwähnen.“

„Auch wenn — August der Große“ nicht existierte, würde die bürgerliche Presse aus Angst vor der Konkurrenz nicht wagen, in der Festberichterstattung zu freien. Welcher Verleger würde so etwas wagen, würde die Wahrheit verleugnen und sich stellen als ob sein Blatt nicht zum Geldverdienen und zur Verleumdung seines Publikums sondern zur Betretung idealer Interessen auf der Welt wäre? Und andererseits, wo wäre der Leser bürgerlicher Blätter, der für einen Verleumdungstreiber der Standes hätte und nicht heillos auf sein Verborgenes schimpfte, weil es ihm die süßeste Speise vorenthält? Zu einer selbstbewußten Presse gehört auch ein selbstbewußtes Lesepublikum und dieses fehlt im heutigen bürgerlichen Berlin, würde auch fehlen, wenn nicht Herr Scherl sich unter dem freundschaftlichen Lächeln der Regierung bemühte, den Stuhl für das öffentliche Leben, für das, was man ideale Güter nennt, noch höher zu machen als er so schon ist.

Was im heutigen Deutschland ideale Gesinnung hat, kämpft unter der Fahne der Sozialdemokratie. Deren Presse hat keine Sorge um Verleumdungstreiber für offizielle Festlichkeiten und deren Leckerbrot ist sich mit ihrer Presse einzig darin, daß patriotischer Trubel entweder gar nicht oder höchstens in seinen Auswüchsen beachtet werden soll.

Der Petitionsausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat sich in seiner letzten Sitzung nochmals mit dem Antrag wegen der Errichtung eines städtischen Lust-, Tisch- und Sportplatzes beschäftigt. Nach kurzer Erörterung wurde der Stadtverordnete Dr. Ritter zum Referenten gewählt, der in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Sache dem Plenum vorzutragen wird.

Die Magistratsvorlage über die Veränderung in der Benutzung der Waisenanstalt zu Hummelshagen — Einrichtung derselben in ein Hospital für kranke und stete Waisenknaben — wurde von dem zur Vorbereitung dieser Vorlage eingesetzten Stadtverordneten-Ausschuß mit großer Mehrheit angenommen. Dem Plenum soll Donnerstag, den 22. d. M., Bericht erstattet werden.

In der nächsten Woche findet eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung nicht statt.

Geschäftszeit zu Pfingsten. Am Sonntag, 11. d. M., dem ersten Pfingstfeiertage, ist der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen folgendermaßen geregelt: Gestattet ist der Handel mit Milch in Berlin, Charlottenburg und Niddorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, in Schöneberg von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 bis 2 Uhr nachmittags; der Handel mit Brot und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren in Berlin, Charlottenburg und Niddorf von 5 bis 10 Uhr vormittags, in Schöneberg von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags; der Handel mit Kolonialwaren, mit Porzellanwaren, mit Blumen, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren in Berlin, Charlottenburg und Niddorf von 8 bis 10 Uhr vormittags, in Schöneberg von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags; ferner der Handel mit Rohreis in Berlin, Charlottenburg und Niddorf von 6 bis 10 Uhr vormittags, in Schöneberg von 6 bis 9 1/2 Uhr vormittags. Die Zeitungspeditionen dürfen geöffnet sein in Berlin, Charlottenburg, Niddorf und Schöneberg während der Zeit von 4 bis 6 Uhr vormittags. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Milch, Eier und Rohreis ist während derselben Stunden gestattet, während deren ein Handel mit diesen Produkten in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist. Am zweiten Pfingstfeiertag, Montag, den 12. d. M., finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagstrafe im Handelsgewerbe Anwendung.

Eisverforgung. Der Polizeipräsident teilt mit: Gegenüber den wiederholten, auch in der Presse wiederkehrenden Beschwerden über die noch immer nicht aufgehobene Einstellung der Eisverforgung an den Sonntagen seitens der Eisverleiher, insbesondere gegenüber der bei dieser Gelegenheit erhobenen Klagen über Unzulänglichkeit der an Sonntagen für den Eishandel und die Vorbereitungen dazu

freigegebenen Zeit, wird darauf hingewiesen, daß durch eine mit dem 28. Mai er. in Kraft getretene Verordnung des Polizei-Präsidenten vom 18. Mai er. für den Eishandel und die Eisverforgung an Sonn- und Festtagen im Landespolizeibezirk Berlin diejenigen Stunden freigegeben worden sind, bezüglich deren die beteiligten Kreise dies für nötig erklärt und beantragt hatten. Dies sind für die erforderlichen Arbeiten in den Eisfabriken und Handelsdepôts die Stunden von 4—10 Uhr, in Schöneberg von 4—9 1/2 Uhr morgens, für den Handel selbst bezw. das Ausfahren des Eises die Stunden von 6—10, in Schöneberg von 6—9 1/2 Uhr morgens, jedoch mit der Maßgabe, daß die Rückbeförderung der Eiswagen nach der Arbeitsstätte, das Ausspannen und das Abrechnen der Kautschuk auch nach 10 (in Schöneberg 9 1/2) Uhr morgens erfolgen darf. Es dürfte hiernach zu Klagen über ungenügende Zeit für die Eisverforgung an Sonntagen kein Anlaß vorliegen.

Keine Fahrpreiserhöhung. Auf die Eingabe des Deutschen Lehrervereins wegen Ermäßigung der Fahrpreise bei Schülerfahrten sind von den Eisenbahnverwaltungen ablehnende Antworten eingegangen. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten gab folgenden Bescheid: „Die bei Schülerfahrten zur Erhebung kommenden Fahrpreise des Fernverkehrs beruhen auf einem gemeinsamen Beschlusse aller deutschen Eisenbahnen, von dem die preussischen Staatsbahnen allein nicht abweichen können. Ebenso wenig kann ich Ihrem weiteren Antrage, im Berliner Ortverkehr allen Schülern der Volksschule bei gemeinsamen Ausflügen die Fahrt zum halben Preise zu gestatten, näher treten. Bei aller Anerkennung der Bestrebungen des Deutschen Lehrervereins muß doch auch erwogen werden, daß die zurzeit bestehenden Fahrpreise recht mäßig sind und zur Förderung von Ausflügen der Schüler wesentlich beitragen haben.“ — Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins behält sich weitere Schritte in der Angelegenheit vor.

Die gemeinnützige Stellenvermittlung für weibliche Dienstboten des Zentralvereins für Arbeitsnachweis wird am Montag, den 19. Juni, im Oberstufengang des Zentral-Arbeitsnachweisgebäudes, Gormannstr. 13, eröffnet. Zur unmittelbaren Veranschaulichung der Stellenvermittlung hat sich ein Kuratorium von 18 Damen unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis Dr. Freund gebildet. Die Vermittlung findet in den Wochenstunden von 5—7 Uhr nachmittags statt und wird an jedem Tage von zwei Damen des Kuratoriums beaufsichtigt. Von den Dienstboten werden keinerlei Gebühren erhoben, ebenso von den Hausfrauen, die Mitglieder des Kuratoriums sind. Bis jetzt haben sich schon nahezu 1000 Hausfrauen in die Mitgliederlisten eingetragen lassen.

Großer Seidendiebstahl. Im Seiden-Engros-Hause von Alexander Rosenau in der Jerusalemstraße 17 ist ein Seidendiebstahl festgestellt worden, bei dem Stoffe im Werte von etwa 40 000 M. erbeutet wurden. Einige Verbrecher, die mit dem Diebstahl in Verbindung zu stehen scheinen, ebenso ein als Dieb fungierender Partiewarenhändler sind bereits durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Die bestohlene Firma machte seit längerer Zeit die unliebsame Entdeckung, daß trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ihr Seidenlager von unbekanntem Personen geplündert wurde. Man konnte sich den Abgang verschiedener wertvoller Stücke nicht erklären und schritt deshalb vor einigen Tagen zur Inventuraufnahme. So wurde ermittelt, daß Waren im Werte von 30—40 000 M. fehlten. Während der Geschäftsinhaber und die Angestellten sich noch die Köpfe über die mutmaßlichen Diebe zerbrachen, kam ihnen der Zufall auf eigenartige Weise zu Hilfe. Ein türkischer Geschäftsmann, der schon seit Jahren mit der bestohlenen Firma in lebhaftem Geschäftsverkehr steht, erschien, um neue Einkäufe zu machen. Bei der Auswahl der Stoffe nahm der Türke Anstoß an den Verkaufspreisen und behauptete, daß er dieselben Stoffe, die mit 2,70 M. pro Meter ausgezeichnet waren, in einem Partiewarenladen der Kaiser Wilhelmstraße für die Hälfte dieses Preises erstanden habe. Ohne aber den Diebstahl etwas verlauten zu lassen, ersuchte der Bestohlene den Türken, Proben der so billig gekauften Seidenstoffe mitzubringen, um durch einen Vergleich der Qualität festzustellen, ob die vom Partiewarenlager bezogenen Stoffe wirklich so preiswürdig seien. Der ausländische Geschäftsfreund erachtete auch bald wieder mit den Proben, und nun stellte Rosenau an der Hand seines Musterbuchs mit Verächtlichkeit fest, daß er hier Teile seiner gestohlenen Waren vor sich habe. Er benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei, die bei dem Händler in der Kaiser Wilhelmstraße eine Hausdurchsuchung vornahm und dort noch Reste der gestohlenen Seidenwaren im Werte von 15 000 M. beschlagnahmte.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde gestern ein 70 Jahre alter Jubalide Sch. aus Reinickendorf-West und ein Hausdiener Johann Köpfe festgenommen. Der Greis verging sich an dem neunjährigen Töchterchen eines Bekannten, das er zu sich in eine Laube ludete, Köpfe an der Tochter eines Restaurateurs, bei dem er beschäftigt war. Beide sind geständig und wurden nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Diebstahl eines Fuhrwerks. Am Friedrich Karl-Ufer wurde gestern, mittags gegen 12 Uhr, ein mit Jucker beladenes Fuhrwerk von der Straße weg gestohlen. Der Kutscher, von der Firma Otto Schoening am Alexanderplatz, hatte am Friedrich Karl-Ufer zwanzig Säcke Jucker geladen und fuhr dann an einer oben an der Straße gelegenen Gasanstalt vor. Als er nach etwa zehn Minuten das Votal verließ, war kein Wagen, der mit einem Nachhimmel bespannt gewesen, vorhanden. Dem Vernehmen nach hat das Fuhrwerk den Weg durch die Invaliden- und Heidestraße genommen und die Abladung des Juckers wird vermutlich bei einem Fehler zwischen 12 und 1 Uhr erfolgt sein. Nachmittags wurde das leere Gespann in der Schönhauser Allee, Ecke Oberwallder Straße, gefunden. Die geschädigte Firma hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag wurde die Wehr nach der Zimmerstr. 49 gerufen, weil dort im dritten Stock des linken Seitenflügels in einer Wohnung durch Umfallen einer Petroleumlampe Feuer ausgebrochen war, das Deden, Wäsche etc. erglühend hatte. Der 17. Löszug konnte die Flammen leicht erlöschen. Ein zweiter WohnungsbRAND mußte in der Raybachstr. 13 abgebläht werden. — Längere Zeit gab es dann in der Wilhelmshafenstr. 30 zu tun, wo es in dem Keller der Drogerie von Karl Brandt brannte. Das Feuer war durch Unvorsichtigkeit entstanden und hatte einen größeren Posten Holzvölle, Farben etc. erfaßt, sodas der 16. Zug kräftig Wasser zu geben hatte, um die Gefahr zu beseitigen. — Nach der Lurnstr. 21 wurde die Wehr gerufen, weil vor dem Moabitser Krankenhaus ein mit Heu beladener Wagen umgekippt war und den Verkehr hemmte. Der 15. Zug beseitigte das Hindernis. — Ein Küchenbrand wurde aus der Pfingstr. 3 gemeldet. — Wegen einer Kellerüberschwemmung erfolgte dann Alarm nach der Streitmehlf. 40. — Weiter liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Friedrichstr. 260, Matthäustr. 8 und noch aus einigen anderen Orten Alarmierungen ein, die indes auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Theater. Neues Igl. Opern-Theater (Kroll). Außer der Operette „Der Schmuck“, deren Erstaufführung heute stattfindet, wird in der zweiten Hälfte d. M. noch die Operette „Das Garnisonmädel“ von Raoul Maader dem Direktor der Igl. Oper in Budapest erstmalig aufgeführt werden. — Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) ist für Sonntag, den ersten Pfingstfeiertag, nachmittags eine Aufführung von „Maria Stuart“ angelegt. Den Wortführer spielt Georg Paschke.

Vorort-Nachrichten.

Niddorf.

Eine Familientragödie in Niddorf. Eine furchtbare Familientragödie hat sich jetzt wiederum in Niddorf im Hause Steinmetzstraße 97 abgespielt. Dort tötete die 23jährige Ehefrau Marie des Gärtners Zibulka ihren zweijährigen Sohn Erich, indem sie ihn an einem Nagel an der Wand ihrer Küche aufhängte; dann erhängte sie sich selbst. Ueber die Einzelheiten des Dramas wird uns gemeldet: Die Familie Zibulka, bestehend aus dem Ehepaar, einer fünfjährigen Tochter und einem zweijährigen Sohn Erich, wohnte seit längerer Zeit in dem Hause Steinmetzstr. 97 zu Niddorf im Erdgeschoss des Zweigesgebäudes. Die Leute lebten ganz für sich und galten als sehr ordentlich und fleißig. Eigentümliche eheleiche Streitigkeiten zwischen den Beiden nicht vorgekommen zu sein. Dagegen soll, wie Nachbarn wissen wollen, der Umstand, daß der Ehemann Zibulka streng katholisch ist, während Frau und Kinder im evangelischen Glauben lebten, einen starken Mißton in das Familienleben gebracht haben. Der kleine Erich kankelte dauernd; er litt beständig an einem brängstigen Sticksusten. Gestern begab sich Zibulka wie gewöhnlich an seine Arbeit außer dem Hause. Als er sich von seiner Frau verabschiedete, nahm er nichts Ungewöhnliches an ihr wahr; sie zeigte ein ruhiges, gelassenes Wesen. Als er abends zurückkehrte und die Küche betrat, sah er seine Frau und den kleinen Erich beide entseelt an der Wand hängen. Die ganze Schelage ergab, daß zweifellos ein Kindesmord und Selbstmord der Frau Zibulka vorlag. Irgend welche Aufzeichnungen über die Beweggründe zu der grausigen Tat hat die Frau nicht hinterlassen. Man mutmaßt, daß Verzweiflung über die dauernde Krankheit ihres Sohnes sie zu dem furchtbaren Schritt getrieben hat. Um neun Uhr vormittags war die Frau noch im Hause gesehen worden. Merkwürdig war es, daß das fünfjährige Töchterchen der Eheleute den ganzen Tag über in der anstehenden unverschlossenen Stube im Bett gelegen hat, ohne etwas von den grausigen Vorgängen in der Küche zu merken. Vormittags hatte die Mutter ihre Hand gedrückt und gesagt: „Ich komme nicht wieder.“ Eine Kommission der Niddorfer Polizei nahm den Tatbestand in der Wohnung auf; die Leichen wurden nach dem Berliner Schauhause gebracht.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tödlich verunglückt ist gestern, Freitag morgen, die 21 Jahre alte Tochter Marguerita des Konzertmeisters Lejeune, der Direktor einer Kapelle ist und in der Berlinerstraße 90 zu Niddorf in seinem eigenen Hause wohnt. Das Mädchen, das seit seinem zehnten Lebensjahre an Krämpfen litt, war um 8 Uhr aufgestanden und befand sich um 7 Uhr allein im Berliner Zimmer im dritten Stock, während sich die Eltern mit den anderen Kindern im Wohnzimmer aufhielten. Als es im offenen Fenster lag, um auf den Hof hinabzusehen, bekam es wieder einen Krampfanfall, stürzte auf das Pflaster hinab und blieb mit schweren inneren und äußeren Verletzungen tot liegen.

Potsdam.

Zum Polizeipräsidenten von Potsdam ist der Landrat des Kreises Hörde in Westfalen, Herr v. Starck, nach einem Relegament der „Staatsb. Ztg.“ ernannt worden. Starck war bisher als Kandidat für den Posten in der Öffentlichkeit noch nie bezeichnet worden.

Gerichts-Zeitung.

Kohlenkönig Thyhen und seine Söhne.

Ein Vandalismus in der Familie des „Stahl- und Kohlenkönigs“ Thyhen zu Mülheim a. Ruhr hat eine Privatklage veranlaßt, zu welcher gestern Termin zur Hauptverhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht anberaumt war. Kläger war der Ingenieur W. Neuwelt unter Beistand des Rechtsanwalts Heine, angeklagt Fritz Thyhen jun., Direktor der Firma Thyhen u. Co., Mitglied des Aufsichtsrats Schalle Gruben- und Hüttenvereins und Mitglied des Vorstandes der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Dr. Karwisch verteidigt. August Thyhen sen. versuchte vor einiger Zeit seinen zweiten Sohn August Thyhen jun. in eine Irrenanstalt zu bringen. Die Angelegenheit hat feinerzeit in weiten Kreisen Aufsehen erregt. August Thyhen sen. behauptete, daß bei seinem jetzt in Brüssel lebenden Sohne Geisteschwäche vorhanden sei, August Thyhen jun. behauptet dagegen, daß August Thyhen sen., unter Beistand seines ältesten Sohnes Fritz, ihn nur aus der Mitverantwortung der Werte verdrängen wolle. Der jetzige Privatkläger ist seit Jahren mit Aug. Thyhen jun. befreundet und behauptet in der Privatklage, daß Fritz Thyhen, der wohl glaube, daß der Privatkläger dem Bruder August Th. in dem Entmündigungsverfahren z. Beihilfe leiste, Fremden gegenüber beleidigende Bemerkungen über ihn gemacht habe. Als Zeugen waren zum gestrigen Termin geladen: Medizinalrat Dr. Leymann, Kommerzienrat Kl. B. von der Deutschen Bank, Dr. Duellig, Dr. R. G. K. Schmidt und August Thyhen jun. — Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu vertagen und dem Privatkläger aufzugeben, zunächst genau zu substantiieren, welche Äußerungen und zu welcher Zeit und welchen Personen sie der Angeklagte gemacht haben soll. Der Gerichtshof, so erklärte der Vorsitzende, könne in eine Voruntersuchung nicht eintreten und da es im Privatklageverfahren eine Voruntersuchung nicht gibt, haben die Parteien die Pflicht, das nötige Material in ihren Schriftsätzen selbst zu beschaffen.

Wusch und Bild. Bezeichnende Urteile hat die Strafkammer zu Münster i. W. gestern gefällt. In der Nacht auf den 15. März wurden an der Chaussee von Herbern nach Berne mehrere Krugfische und Heiligenbildchen mit dem Muttergottesbilde von zwei jungen Vergleuten, Krämen und Reiberger, mutwilligerweise durch Revolvergeschosse zertrümmert. Einigen vorderebelnden Vergleuten fandte Reiberger ebenfalls zwei Schüsse nach, ohne zu treffen. Ein anderer Vergemann, Eideker, entriestete sich über das Treiben der jungen Leute, holte von Hause sein Gewehr herbei und forderte sie auf, mit ihm zur Polizei zu gehen, widrigenfalls er schießen würde. Als Reiberger trotzdem andrückte, feuerte Eideker zwei Schüsse auf ihn ab, durch welche Reiberger außerordentlich schwer verletzt wurde. Alle drei wurden nun unter Anklage gestellt. Die Urteile lauteten folgendermaßen: Reiberger erhielt wegen unbefugten Waffentragens 30 M. Geldstrafe, wegen Bedrohung 6 Wochen Gefängnis und wegen der Zertrümmerung der Heiligenbilder ein Jahr Gefängnis; Krämen wurde wegen des letzteren Verbrechens gleichfalls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Eideker, der wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt war, kam „in Anbetracht der Umstände“ mit einer Geldstrafe von 30 M. davon.

Der wegen Totschlags und Einbruchdiebstahls im Untersuchungsgefängnis in Haft befindliche Hausdiener und Kellner Alfred Ramm wurde gestern unter besonderen Vorichtsmaßnahmen der zehnten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176, 3 Str.-G.-B. zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Am 15. Februar d. J. mietete sich der Angeklagte bei einer mit ihrer Mutter allein wohnenden Dame in der Bernauerstraße ein Zimmer und bezahlte den halben Monatspreis sofort. Da er keinerlei Kleidungsstücke und Gepäck mitbrachte, kam er der Vermieterin verdächtig vor. Am 17. Februar beobachtete ihre alte Mutter, die den neuen Mieter noch gar nicht kannte, den Angeklagten, wie er sich mit einem kleinen etwa achtjährigen Mädchen, dem er vordem eine Tüte mit Kapseln geschenkt hatte,

auf der Treppe zu schaffen machte. Zum größten Entsetzen der alten Frau betrat er mit dem Mädchen die Wohnung ihrer Tochter. Als sie diese davon benachrichtigte, wurde ihr mitgeteilt, daß das wahrscheinlich der neue Mieter sei. Beide Frauen begaben sich voll Angst in ihre Wohnung und verlangten Einlaß in das Zimmer des Angeklagten. Dies wurde ihnen verweigert mit dem Bemerkens, er sei müde und wolle schlafen gehen. Erst als die Frauen energisch die Herausgabe des Kindes verlangten, öffnete Mann und erklärte, das Mädchen sei seine Schwester. Das Kind war ganz verschüchtert und gab keinerlei Auskunft über das, was mit ihm geschehen war. Diese Zeit benutzte Mann, um schleunigst die Türe zu ergreifen. Wäre es gelungen, ihn sofort festzunehmen, so hätte er nicht zwei Wochen später die schreckliche Bluttat in der Wohnung des Gastwirts Grabow in der Schönhauser Allee 13 verüben können. Anfang März drang Mann in die Wohnung des Gastwirts G. in diebischer Absicht ein und wurde hier in der Nähe von dem dort schlafenden Kinde, der erwachten, gefürcht. Der Angeklagte ergriff ein auf dem Küchentisch liegendes Messer und stach blindlings auf die Kinder ein. Der Anabe war sofort tot, das Mädchen war so schwer verletzt, daß anfänglich gezweifelt wurde an einer Wiederherstellung. Wegen dieser Tat wird sich Mann demnächst vor dem Schwurgericht verantworten. — In der gestrigen Verhandlung war Mann des ihm zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechens geständig. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in gemeingefährlichster Weise ein Kind verschleppt und mißbraucht hat, eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren. Der Gerichtshof erklärte auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Wegen mehrfachen Sittlichkeitsvergehen hatte sich der Hauptmann z. D. Schlot vor dem Kriegsgericht in Magiano (Polen) zu verantworten. In der Verhandlung, die bei verschlossenen Türen stattfand, waren 27 Zeugen geladen. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt; zugleich wurde auf Verlust des Rechtes zum Tragen der Offiziersuniform erkannt.

„Erstklassige Menschen“. Das Reichsgericht hat die Revision des Grafen v. Audiffren und des Verlagsbuchhändlers Janke, welche vom Landgericht I Berlin wegen Verleumdung der preussischen Offiziere, begangen die Veröffentlichung des Romans „Erstklassige Menschen“, zu Selbstirren verurteilt sind, verworfen. Ebenso die Revision des Staatsanwalts bezüglich dieser beiden Angeklagten und der freigesprochenen Angeklagten Witwe Janke.

Aus Industrie und Handel.

Eine „geheime“ Berliner Schiffahrtskonferenz. Gestern ist die Ende Mai nicht zustande gekommene Konferenz der Vertreter der fünf kontinentalen Schiffahrtsgesellschaften, nämlich der Hamburg-Amerika-Linie (vertreten durch Generaldirektor Ballin), des Norddeutschen Lloyd (Generaldirektor Wiegand), der Holland-Amerika-Linie (v. Reuchlin), der Red Star Linie (Straffer) und der französischen Compagnie Transatlantique zusammengetreten. Im Diplomatenstil meldet die „Voss. Zig.“: Während man in außenstehenden Kreisen der Meinung ist, daß diese Konferenz der Beilegung der neu entstandenen Differenzen mit der Cunard-Linie gewidmet ist, erfahren wir, daß es sich lediglich um eine der gewohnten Schiffahrtskonferenzen handelt. Allerdings ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch die Cunard-Angelegenheit erörtert werden wird. Beachtenswert aber ist der Umstand, daß die Cunard-Linie bei den heutigen Verhandlungen überhaupt nicht vertreten ist. Sollten also die Beteiligten zu einer Abmachung in der berechneten Angelegenheit kommen, so dürften sie kaum Veranlassung nehmen, der Öffentlichkeit das Resultat ihrer Verhandlungen bekannt zu geben. Derselben werden wohl einen streng internen Charakter tragen. Weiter wird berichtet, daß keine Veränderung der Passagieraten vorgenommen würde. — Die Ballin-Leute werden wohl alle Veranlassung haben, ihre Maßnahmen vor der Kritik zu behaupten.

Wieder eine neue Terranggesellschaft. Unter der Firma „Industriegelände Schöneberg Akt.-Ges.“ wurde gestern ein Bodenreklamationsunternehmen mit einem Kapital von 5 000 000 M. gegründet. Die Gesellschaft hat den in der Gemarkung Schöneberg zwischen dem Rangier- und Werkstättenbahnhof an der Tempelhofer Grenze gelegenen Grundbesitz, der sich bisher im Besitz der v. Krasmatschen Erben befindet, hat, nebst dem zur Abwendung benötigten Nachbargrundstück jenseits der Tempelhofer Grenze erworben. In Mitgliedern des ersten Aufsichtsrats sind zwei Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft gewählt worden.

Kartoffeln. Die schwache Kartoffelernte im vorigen Jahre hat zur Folge gehabt, daß wir in den Nachbarländern sehr große Mengen Kartoffeln für den deutschen Konsum ankaufen mußten. In größeren Quantitäten beziehen wir frische Kartoffeln namentlich aus Belgien, Holland und Rußland. Insofern führten wir in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres 1 430 000 Doppelzentner ein gegen 370 182 in den Parallelmonaten des Vorjahres. Gegenüber dieser gesteigerten Einfuhr ist die Kartoffelausfuhr bis auf ein Minimum zurückgegangen. In den Monaten Januar bis April 1904 exportierten wir 1 498 114 Doppelzentner, dagegen im laufenden Jahre nur 188 547. Zum Teil bezog Deutschland aus solchen Ländern, nach denen es in anderen Jahren ziemlich erheblich exportiert, seinen diesjährigen Wechselliefer. Die Kartoffelausfuhr in diesem Jahre ist ebenso stark wie in anderen Jahren die Kartoffelausfuhr.

Die Erinnerung an die Gründungsjubiläumperiode wird durch eine Einladung zur Generalversammlung der Westend-Gesellschaft H. Quistorp u. Co. in Liquidation wahrgenommen, welche die Liquidatoren an die Kommanditisten zwecks Rechnungslegung und Dechargeerteilung erlassen. Quistorp gehörte in den 10er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu den gefährlichsten „Gründern“. Eine seiner bekanntesten Gründungen war die Westend-Gesellschaft, aus der die heutige Kolonie Westend entstanden ist. Diese Gesellschaft gehörte zu den ersten Typen des Krachens. Die Liquidation der zusammengebrochenen Gründung schleppt sich aber nun länger als 30 Jahre hin.

Aus der Frauenbewegung.

Die sechste Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine beschäftigte sich mit der seit langem Frage, wie der Klassengegensatz auf der Frauenbewegung entfernt werden kann. Frauenteile der Führer begründete eine entsprechende Anfrage nach dem offiziellen Bericht folgendermaßen:

Der Bund Deutscher Frauenvereine umfaßt nur eine gewisse Mittelschicht von Frauen. Es haben sich besonders konfessionelle Gruppen gebildet, trotzdem niemals konfessionelle Streitfragen im Bunde aufgetaucht sind, es fehlen fast ganz die sogenannten höheren Stände, es fehlen ganz und gar die Arbeiterinnen. Die fortschrittliche, sozialpolitische Richtung im Bunde verlagert namentlich das Fehlen der Arbeiterinnen. In keinem der mit Deutschland auf gleicher Kulturstufe stehenden Länder besteht eine so tiefe Spannung zwischen Bürgerthum und Arbeiterthum wie bei uns und dies Bild der inneren Politik spiegelt sich auch in der Frauenbewegung wieder. Es gibt aber eine Reihe von Fragen, welche die Frauen aller Klassen, aller Richtungen, aller Parteien als Frauen angehen, ungeachtet aller Differenzen, die sonst bestehen mögen. So wird durch die Bildungsfrage, die Sittlichkeitsfrage, das herrschende Familienrecht, den Alkoholismus usw. usw. das Leben der Arbeiterin oft noch enger berührt als das Leben der besitzenden Frau; namentlich

aber sind die Frauen aller Klassen in vieler Hinsicht „Rechtlose“ und haben daher einheitlich einen Kampf um Recht zu führen.

Das beste Mittel, um das Mißtrauen der Arbeiterin gegen die sog. „bürgerliche Frau“ zu überwinden, ist das Miteinanderarbeiten; aber man muß mit dem selber herrschenden System des Patriarchats brechen und man muß die Arbeiterin als volle, gleichberechtigte Mitarbeiterin respektieren. Auf dem Gebiete der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung kann die bürgerliche Frau der Arbeiterinnenschaft wertvolle Dienste leisten, so wie z. B. in England schon geschieht.

Will man die Frauen aller Klassen für die Frauenbewegung gewinnen, so ist ferner eine lebhaftere Propagandatätigkeit von Seiten der Bundesvereine notwendig. Nicht nur Vereinsversammlungen, in denen nur Freunde der Sache zusammenkommen, sondern öffentliche Versammlungen, wo die Geister oft heftig aufeinanderprallen, sind für die Propaganda wichtiger. Die Bundesvereine müssen es sich ferner angelegen sein lassen, Rednerinnen zu Schulen; Vorträge über Frauenfrage müssen auch gegnerischen Gruppen, den Arbeiterinnenvereinen, den Kleinbürgerlichen Vereinen usw. angeboten, ja förmlich aufgedrängt werden, denn nur so können Männer und Frauen aller Klassen für die Ideen der Frauenbewegung gewonnen werden.

Die Organisationen, welche der Frauenbewegung dienen wollen, wie der Bund Deutscher Frauenvereine, wären für ein Zusammenarbeiten von Frauen aller Klassen ein geeigneter Boden, da der Kampf um ihr Recht alle Frauen angeht. Dies Zusammenarbeiten würde nicht nur der Frauenfrage dienen, sondern zugleich ein Mittel sein, um die traurige innerpolitische Kluft zwischen Bürgerthum und Arbeiterthum zu überwinden. Die sozial aufgestärkten Elemente, Männer wie Frauen, ob sie aus der Reihe des Bürgerthums, ob aus der Arbeiterthum stammen, müssen zusammenstehen, um gegen die Reaktion und für den sozialen Fortschritt zu wirken.

Dazu wurde dann von Fr. K. v. Königsberg folgende Resolution vorgeschlagen:

Die 6. Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine stellt auf dem Standpunkt, daß die Frauenbewegung die Frauen aller Klassen angeht und beklagt daher, daß die parteipolitische Kluft, die in Deutschland zwischen Arbeiterthum und Bürgerthum besteht, schädigend auf die deutsche Frauenbewegung einwirkt. In der Ueberzeugung, daß zur Erreichung der Ziele der Frauenbewegung ein Zusammenarbeiten von Frauen aller Klassen stattfinden muß, verpflichten sich die Delegierten ihrerseits nach Kräften dahin zu wirken, daß diese Kluft überwunden wird, indem sie die Mitglieder ihrer Vereine über die Lage und Kämpfe der Arbeiterinnen aufklären und zum Zusammenarbeiten mit den Arbeiterinnen anregen. Ferner ist durch lebhaftere Propagandatätigkeit, durch Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der Ideen der Frauenbewegung in den breitesten Volksschichten Sorge zu tragen.

Angenommen wurde aber schließlich nur dieser Vorschlag: „Der Bund macht es seinen Mitgliedern zur Pflicht, die Ideen der Frauenbewegung in alle Kreise und Klassen der Bevölkerung hineinzutragen und für den Gedanken der Interessensolidarität aller Frauen Propaganda zu machen.“

Verfammlungen.

Metallarbeiter-Verband. Am Mittwoch fand im Palais-Theater eine sehr stark besuchte außerordentliche Generalversammlung der Berliner Mitglieder statt. Sie war die Folge eines Beschlusses der vorigen Generalversammlung und sollte dem Verbandsvorstand Gelegenheit geben, einen die Interessen der Berliner Mitglieder betreffenden Antrag zu begründen, den er — der Verbandsvorstand — zum bevorstehenden Verbandstag gestellt hat. Es handelt sich um eine Bestimmung des Statuts, wonach den Zahlstellen mit mehr als 3000 Mitgliedern das Recht gewährt werden kann, über Lohnbewegungen und Streiks selbständig zu entscheiden und hierzu auch einen größeren Teil der Einnahmen für sich zu verwenden als andere Zahlstellen. Der Hauptvorstand beantragt die Streichung dieser Bestimmung. Bei Annahme dieses Antrages würde also der in den Zentralverbänden allgemein übliche Zustand eintreten, daß der Hauptvorstand die Entscheidung über Lohnbewegungen und Streiks hat. Die Berliner Mitglieder haben an der Beibehaltung des Selbstbestimmungsrechtes, oder wie es genannt wird, ihres Reservatrechtes, um deswillen ein ganz besonderes Interesse, weil es ihnen jederzeit als Bedingung des Uebertrittes des damaligen Berliner Metallarbeiter-Verbandes in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgedrückt und im Statut festgelegt worden ist.

In der Versammlung war der Verbandsvorstandende Schlicke aus Stuttgart anwesend, um die Gründe darzulegen, welche den Vorstand zur Stellung seines Antrages bewegen haben. Er führte unter anderem aus: Anfangs sei das Reservatrecht eigentlich nur für Berlin in Frage gekommen, dem man es mit Rücksicht auf die hier herrschenden Verhältnisse zugestehen konnte. Inzwischen hätten aber auch andere Verwaltungsstellen die Mitgliederzahl von 3000 überschritten. Diese erheben ebenfalls Anspruch auf das Reservatrecht, und so würde die Zentralisation des Verbandes mehr und mehr durchbrochen und zu einer Föderation auf unsicherer Grundlage gemacht werden. Das könne zu einer Gefahr für den Verband werden, denn nicht jede große Zahlstelle sei ohne weiteres in der Lage, über Lohnbewegungen von weittragender Bedeutung zu entscheiden. Namentlich jetzt, wo die Unternehmerorganisation stärker und rücksichtsloser geworden sei als sie früher war, sei ein enger Zusammenschluß der Arbeiterorganisation notwendig. Nach Annahme des Vorstandes Antrages werde das Verhältnis der Berliner Mitgliedschaft zum Hauptvorstand nur der Form nach geändert. In der Sache selbst würde alles beim alten bleiben. Das Selbstbestimmungsrecht der Berliner solle aufrecht erhalten und durch besondere Abmachungen außerhalb des Statuts gesichert werden.

Gegen den Antrag des Vorstandes sprachen Liffin, Wiesenhal, Eggert und Wäse. Sie sagten unter anderem, sie schänten der Versicherung des Vorsitzenden, daß der Antrag keine Spitze gegen Berlin habe, vollen Glauben, aber sie müßten doch fordern, daß das Reservatrecht als statistische Bestimmung erhalten bleibe. Wenn Berlin sein Recht nicht mehr aus dem Statut herleiten könne, werde es in völlige Abhängigkeit vom Hauptvorstand kommen, selbst bei den kleinsten Streiks. Besondere Abmachungen neben dem Statut böten keine Sicherheit, da man nicht wissen könne, ob sie, wenn einmal die leidenden Personen wechseln sollten, noch beachtet werden. Wenn der Vorstand den Berlinern das Reservatrecht lassen wolle und nur hinsichtlich anderer Verwaltungsstellen Bedenken habe, so gebe ihm ja das gegenwärtige Statut schon eine Garantie, solchen Zahlstellen das Reservatrecht zu verweigern. Jedenfalls stehe der Antrag des Vorstandes in Beziehung zu den beiden großen Streiks in Berlin. Vielleicht gehe der Vorstand davon aus, daß, wenn die Berliner Mitglieder Streikgelber aus der Hauptklasse erfordern, der Hauptvorstand bei solchen Streiks auch ein Mitbestimmungsrecht haben müsse. Wenn der Vorstand mit der Streikpolitik der Berliner nicht einverstanden sei, dann solle er sagen, was er daran auszuführen habe und man könne darüber diskutieren.

Schlicke bemerkte hierzu, die Streiks seien nicht die Veranlassung zu dem Antrage. Die beiden großen Streiks der Gürtler und Drucker hätten die Zustimmung des Hauptvorstandes gehabt. Der Hauptvorstand habe diese Kämpfe für unvermeidlich und ihre Unterstützung für selbstverständlich gehalten.

Die Versammlung nahm fast einstimmig eine Resolution an, welche gegen den Antrag des Vorstandes protestiert und den Berliner Verbandstag-Delegierten aufgab, alle Hebel in Bewegung zu setzen um den Antrag zu Falle zu bringen.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 11. Juni, vorm. 10^{Uhr}, in der großen Turnhalle Al. Frankfurterstr. 6: Festvortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Wehrle. — Montag, den 12. Juni, vormittags 10^{Uhr}, ebendasselbst: Festvortrag des Herrn Walter Banasse. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Der Friedrich-Verein (ehemalige Zöglinge des Hummelburger Waisenhauses) begeht am dritten Fingertage in den Parkanlagen der Hummelburger Anstalt sein diesjähriges Jubiläum. Das Fest beginnt nachmittags 3 Uhr und sind Freunde und Gönner dieser Vereinigung dort gern gesehen.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinerstr. 26. Geöffnet werktäglich von 5^{Uhr}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Vermischtes.

Unglücksfall bei einer Militärübung. Aus München wird gemeldet: Am Mittwochabend stieß bei einer Übung des Eisenbahnbataillons auf dem Übungsgelände unterhalb der Bogenhauser Brücke ein Ponton um. Vier Mann stürzten ins Wasser, drei konnten sofort gerettet werden, aber der vierte verschwand in den Wellen und ertrank. Es ist dies der Pionier Rudolf Gente.

Essen a. R., 9. Juni. Durch verkehrte Drehung einer Schmelzlampe verunglückten auf dem Thomasthorl der Kruppischen Friedrichs-Alfredhütte 7 Arbeiter. 4 wurden durch ausströmendes glühendes Eisen sofort getötet. 3 liegen hoffnungslos darnieder.

Die reichsten Leute der Welt. Der Tod des Barons Rothschild veranlaßt den „Figaro“, eine Liste der hundert reichsten Personen der Welt nach den Vermittlungen und Berechnungen des Engländers James Burnes zu veröffentlichen. Die Vermögenshöhen sind natürlich nur schätzungsweise wiedergegeben. Es besitzen oder besitzen nach dieser Berechnung: J. Beit, Südafrika, 2 Milliarden Mark; Vikingsschiff 2 Milliarden Mark; J. G. Robinson, Südafrika, 1,6 Milliarden Mark; J. S. Rodessler 1 Milliarde; Waldorf Astor 800 Millionen; Fürst Demidow, Rußland, ebensoviel; Andrew Carnegie 500 Millionen; W. A. Vanderbilt 400 Millionen; desgl. W. Rodessler; Jakob Astor 300 Millionen; Lord Rothschild und der Herzog von Westminster, W. G. Whitney, New York, Pierpont Morgan 300 Millionen. Dann kommen noch eine ganze Anzahl Millionäre, die auch noch einige hundert Millionen besitzen; wir wollen aus der Liste, die doch auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann, nur noch einige Personen nennen, die allgemein bekannt sind. So soll besitzen: Erzherzog Friedrich, Wien, und Georg Sould 275 Millionen; Mendelssohn, Berlin 250 Millionen; Fürst Lichtenstein, Oesterreich, ebensoviel; A. Dreher, Oesterreich, 200 Millionen; Krupp, Essen, Fürst Pleh, Graf Hensel-Donnersmard, A. G. Vanderbilt 180 Millionen, Erzbischof Kohn 160 Millionen. Auch ein Nachfolger des Mannes, dessen Reich nicht von dieser Welt war.

Hinterpommerscher Patriotismus. In der zu Allgentwalde erscheinenden „Neuen hinterpommerschen Zeitung“ fand am 30. Mai folgende Anzeige: „Wegen der feierlichen Einholung Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Kronprinzen nehmen wir Freitag, den 2. Juni, morgens 5 bis 6 Uhr Vieh ab. Otto u. Ernst Rudolph.“ — Ein Patriotismus, der selbst dem Viehzug das rechtzeitige Eintreffen zu den Festlichkeiten ermöglichen will, darf als kernfest gelten.

Die Tat eines Betrogenen. Aus Rom wird gemeldet: Der Generalstabshauptmann Durando von der Garnison Alexandria überraschte seine angeheulig auf Besuch nach Florenz gereifte Gattin in einem Hotel zu Novi Ligure, wo sie ihren Geliebten, einen Offizier derselben Garnison Alexandria, erwartete. Der Hauptmann feuerte einen Revolvererschuss ab. Die Kugel drang der Frau in den Unterleib und verletzte sie tödlich.

Milano, 9. Juni. Professor Tizzoni von der Universität Bologna leitete der dortigen Akademie mit, es sei ihm gelungen, die Tollwut durch Radlumstrahlen zu heilen. Die bisherigen Ergebnisse der Experimente mit Kaninchen seien sämtlich erfolgreich gewesen, was weder bei der Pasteurischen Kur, noch bei der Serumbehandlung der Fall sei. Versuche mit Menschen will der Erfinder noch machen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{Uhr} bis 9^{Uhr} abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Goppe. Wenden Sie sich zunächst beschwerdeführend an den Magistrat. Übrigens müßte auf Veranlassung gegen den Magistrat gefaßt werden. — Diesel 100. Können Sie, falls nicht etwa Anerkennung erfolgt ist, die Zahlung ab. Die Schuld liegt nicht vor, weil Sie damals minderjährig waren und weil überdies Verjährung vorliegt. — G. S. 97. Wenden Sie sich direkt an die Reichsbank. Diese kann einen Schein verlangen. Der Antrag auf Erteilung eines Scheins ist an das Amtsgericht zu richten. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 237 Nr. 53a. des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — Termin 2. Erbruch ist freibei, wenn wegen des Erbruchs die Ehe geschlossen ist und nach der Scheidung der betragliche Gatte Strafantrag stellt. — W. W. Leider nicht. — A. S. 100. Arbeiterinnen dürfen in Fabriken sowie am Vorabend der Festtage nur bis 5^{Uhr}, Uhr nachmittags beschäftigt werden. — A. T. 86. Um den Zweck (Eicherung) zu erreichen, ist die Ausführung und Signierung der einzelnen Stücke erforderlich. Die Form des Vertrages ist dieselbe wie in der Ue. Ein Beispiel finden Sie S. 225 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken zu Protokoll zu erklären. Unter Juristerei-Archiv ist das im Briefkasten am 4. Juni ausführlich dargelegt. — S. 132. Wir kommen darauf zurück. — Wortwahl. 1. Wenn der Wirt es duldet: Pa. 2. Rein. — G. 28. Der schlechte Geschäftsgang gibt Ihnen kein Recht zum einseitigen Rücktritt vom Mietvertrage. Gelangen Sie nicht zu einer Einigung mit dem Wirt, so sind Sie an den Vertrag in vollem Umfange gebunden. — Vordrille. Sie haben Recht, es sei denn, daß in der Steuerordnung abweichende Bestimmungen getroffen sind und diese Steuerordnung getreulich ist. Der Eingang des § 33 läßt für solchen Fall Abweichungen zu. Die Sachlage könnten Sie durch eine Beschwerde darstellen. Möglich ist auch, daß 10 Pfennig als Geld in Ansatz gebracht sind. — R. C. 100. Rein.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Volgel-Bräuhum.) Roggen, gute Sorte, 1 Dg. — (—), mittel — (—), geringe — (—) ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 1 Dg. 16,10 (15,10) mittel 15,00 (14,10) geringe 14,00 (13,10) frei Wagen und ab Bahn. Daler, gute Sorte 16,50 (15,50) mittel 15,50 (14,50) geringe 15,10 (14,50) frei Wagen und ab Bahn. Weizen, 1 Dg. — (—), neu — (—), alt — (—). Weizen, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Speiseobstweizen, weiße 50,00 (30,00), Rindfleisch 9,00 (7,00), Schweinefleisch 1,70 (1,30), Kalbfleisch 2,00 (1,30), Hammelfleisch 1,80 (1,20), Butter 2,80 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,80), Karpfen, 1 Kg. 2,20 (1,20), Kälber 3,00 (1,60), Lämmer 3,20 (1,20), Schafe 2,60 (1,40), Parke 2,00 (1,00), Schote 3,60 (1,40), Mele 1,40 (0,80), Krebse 60 Stück 16,00 (8,00).

Witterungsübersicht vom 9. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	764 RD	3heiter	11	Opacanda	768 R	2wolkg	11				
Hamburg	764 D	3wolkg	13	Petersburg	763 RD	3bedekt	11				
Berlin	762 RD	3heiter	13	Schwab	763 RD	45-50 bed.	12				
Kranz a. R.	760 R	3wolkg	16	Westerden	760 R	3bedekt	12				
Königsberg	759 SD	1bedekt	18	Paris	750 S	1Regen	12				
Wien	759 SH	bedekt	16								

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 10. Juni 1905. Etwas mürmer, vorwiegend heiter und trocken bei ziemlich ruhigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau